Gesetz- und Verordnungsblatt

für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg

XXI. Band 13. Stück TEIL I Ausgegeben den 9. September 1988

Seite

Inhalt:
Nr. 104 Einberufung zur 5. Tagung der 43. Synode . . . 181
Nr. 105 Kirchengesetz über ein Sondervermögen zur Förderung und Finanzierung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten (Beschäftigungsfondsgesetz) vom 19. Mai 1988 . . . 181
Nr. 106 Bekanntmachung der Neufassung der Ordnung der Trauung . . . 182
Nr. 107 Bekanntmachung der Neufassung der Rahmenordnung für den Konfirmandenunterricht . . . 183
Nr. 108 Bekanntmachung der Rahmenrichtlinien für den Konfirmandenunterricht . . . 184
Nr. 109 Bekanntmachung über eine Veränderung in der 43. Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg . . . 185
Nr. 110 Bekanntmachung des Ergebnisses der Wahl zur Pfarrervertretung am 11. November 1987 . . . 186
Nr. 111 Bekanntmachung der Stellungnahme der Synode zur In-Vitro-Fertilisation . . . 186
Nr. 112 Richtlinien für die Zahlung von Honoraren . . . 186
Nr. 113 Bekanntmachung der Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und der Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg . . . 187
Nr. 114 Bekanntmachung der Tarifverträge über die Erhöhung der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst . . . 188
Nr. 115 Bekanntmachung des Pauschalvertrages zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Verwertungsgesellschaft WORT über Fotokopien und sonstige Vervielfältigungen vom 11./19. Februar 1988 . . . 215
Nr. 116 Bekanntmachung der sechsten Änderung der Satzung der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK) . . . 215
– Nachrichten . . . 216

Nr. 104

Einberufung zur 5. Tagung der 43. Synode

Die 43. Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg wird zu einer Tagung auf

Dienstag, 17. Mai 1988,

einberufen.

Die Tagung der Synode beginnt mit einem Abendmahlsgottesdienst, zu dem auch die Gemeinde eingeladen wird und der um 9.00 Uhr in der St.-Ulrichs-Kirche in Rastede stattfindet. Er wird von Herrn Bischof Dr. Wilhelm Sievers gehalten.

Die Verhandlungen der Synode beginnen gegen 10.30 Uhr in der Heimvolkshochschule Rastede-Hankhausen und werden voraussichtlich am Donnerstag, 19. Mai 1988, abends beendet sein.

Am Sonntag, 15. Mai 1988, ist gemäß Artikel 82 der Kirchenordnung in allen Gottesdiensten der Synode fürbittend zu gedenken.

Etwaige Anträge und Eingaben sind spätestens bis zum 3. Mai 1988 über den Oberkirchenrat einzureichen. Es muß damit gerechnet werden, daß nach dem 3. Mai 1988 eingehende Anträge nicht mehr behandelt werden.

Oldenburg, den 6. April 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Sievers
Bischof

Nr. 105

Kirchengesetz über ein Sondervermögen zur Förderung und Finanzierung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten (Beschäftigungsfondsgesetz) vom 19. Mai 1988

Die Synode hat folgendes Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Beschäftigungsfonds

(1)Es wird ein Sondervermögen der Kirche zur Finanzierung befristeter überplanmäßiger Beschäftigungsmöglichkeiten für Mitarbeiter eingerichtet (Beschäftigungsfonds).

(2) Für die Verwaltung des Fonds wie auch für die mit Mitteln des Beschäftigungsfonds finanzierten Beschäftigungsverhältnisse ist das in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg geltende Recht anzuwenden.

(3) Die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses kann frühestens 6 Monate nach Einrichtung des Fonds erfolgen. Das Beschäftigungsverhältnis dauert längstens 5 Jahre und setzt voraus, daß die Finanzierung aus Mitteln des Beschäftigungsfonds mindestens für 2 Jahre gesichert ist. Aus diesem Beschäftigungsverhältnis kann eine Festanstellung nicht hergeleitet werden.

§ 2

Aufkommen der Mittel

(1) In den Beschäftigungsfonds werden Mittel eingebracht, die für den in § 1 Abs. 1 genannten Zweck gespendet und aus Erträgen der zweckbestimmten Rücklage der Kirche nach Maßgabe des landeskirchlichen Haushaltsplanes zur Verfügung gestellt werden.

(2) Die Höhe der Erträge der zweckbestimmten Rücklage in den Beschäftigungsfonds orientiert sich an dem jährlichen Spendenaufkommen.

§ 3

Verwendung der Mittel

Das Vermögen des Beschäftigungsfonds ist von dem sonstigen kirchlichen Vermögen getrennt zu halten. Vermögenssubstanz und Vermögenserträge dürfen nur für den in § 1 Abs. 1 genannten Zweck verwendet werden.

§ 4

Kuratorium

(1) Der Oberkirchenrat beruft im Einvernehmen mit dem Synodalausschuß für die Dauer von 4 Jahren ein Kuratorium, dem folgende Vertreter angehören:

1. drei vom Oberkirchenrat zu benennende Vertreter,
2. ein von der Gesamtvertretung der Mitarbeiter vorgeschlagener Vertreter,
3. ein von der Pfarrervertretung vorgeschlagener Vertreter,
4. je ein vom Finanzausschuß und vom Personalausschuß vorgeschlagenes Mitglied, das nicht Theologe oder hauptberuflicher Mitarbeiter ist.

(2) Die Mitgliedschaft im Kuratorium endet durch:

1. Verzicht,
2. Abberufung durch den Oberkirchenrat im Einvernehmen mit dem Synodalausschuß und der vorschlagenden Stelle.

(3) Das Kuratorium wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Es ist beschlußfähig, wenn vier Mitglieder anwesend sind. Die Mitglieder sind an Weisungen der vorschlagenden oder berufenden Stelle nicht gebunden.

§ 5

Aufgaben des Kuratoriums

Das Kuratorium hat folgende Aufgaben:

1. Es stellt Art und Anzahl der zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse nach Maßgabe des sich aus der kirchlichen Arbeit ergebenden Bedarfs und im Rahmen der aufkommenden Mittel unter Beachtung der von der Synode bei der Bereitstellung von Haushaltsmitteln gefaßten Beschlüsse fest.
2. Es bestimmt im Einvernehmen mit dem Oberkirchenrat den Ort des Einsatzes der aus den Mitteln des Beschäftigungsfonds anzustellenden Mitarbeiter.
3. Es wirbt für eine fortdauernde Spendenbereitschaft für den Beschäftigungsfonds.
4. Es arbeitet mit den kirchlichen Körperschaften bei örtlichen Vorhaben zur Förderung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten zusammen.
5. Es soll der Synode mindestens einmal jährlich über seine Tätigkeit, Entwicklung und Nutzung des Spendenfonds berichten.

§ 6

Verwaltung des Beschäftigungsfonds

Der Beschäftigungsfonds wird unbeschadet der dem Kuratorium zugewiesenen Aufgaben vom Oberkirchenrat verwaltet. Der Oberkirchenrat schließt die Verträge über die Beschäftigungsverhältnisse ab. Ein Anstellungsverhältnis zu einer anderen kirchlichen Körperschaft kann nicht mit Mitteln des Beschäftigungsfonds begründet werden.

§ 7

Zuteilung der Mittel

(1) Die mit Mitteln des Beschäftigungsfonds finanzierten Beschäftigungsverhältnisse werden bei der Ermittlung der bestehenden Gesamtausstattung bei einem kirchlichen Rechtsträger nicht berücksichtigt.

(2) Die Beschäftigungsverhältnisse werden nicht auf Ausbildungs- und Probedienstzeiten angerechnet.

§ 8

Prüfung

Der Beschäftigungsfonds unterliegt der Prüfung der für die Haushalts- und Vermögensrechnung der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg zuständigen Stelle.

§ 9

Schlußvorschriften

(1) Dieses Kirchengesetz tritt am Tage nach seiner Verkündigung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 1996 außer Kraft.

(2) Beschäftigungsverhältnisse, die während der Geltungsdauer dieses Gesetzes begründet worden sind, werden durch das Außerkrafttreten dieses Gesetzes nicht berührt.

(3) Das bei Außerkrafttreten dieses Kirchengesetzes noch vorhandene Vermögen des Beschäftigungsfonds wird der Personalkostenrücklage zugeführt.

Vorstehendes Kirchengesetz wurde von der Synode anläßlich ihrer Tagung am 19. Mai 1988 beschlossen.

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Sievers
Bischof

Nr. 106

Bekanntmachung der Neufassung der Ordnung der Trauung

Nachstehend veröffentlicht der Oberkirchenrat die auf der 5. Tagung der 43. Synode am 18. Mai 1988 beschlossene Neufassung der Ordnung der Trauung. Die bisherige Fassung vom 25. April 1951 tritt ab sofort außer Kraft.

Oldenburg, den 24. Mai 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Schäfer
Oberkirchenrat

DIE ORDNUNG DER TRAUUNG

Wo es üblich ist, holt der Pfarrer das Ehepaar am Eingang der Kirche ab und spricht dabei:

Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes. Ihr seid (Sie sind) zur Kirche gekommen, um Euch (sich) vor Gottes Altar (vor Gott) trauen zu lassen und seinen Segen für Eure (Ihre) Ehe zu erbitten. So laßt uns das Wort Gottes hören und zu ihm beten um den Beistand seines Geistes.

Während des darauffolgenden Einzuges setzt das Orgelspiel ein.

ORGELSPIEL

Eine Begrüßung der in der Kirche versammelten Gemeinde kann dann zusammen mit der Liedansage erfolgen.

LIED

Pfarrer:

Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit euch allen.

oder:

Der Friede des Herrn sei mit euch allen.
Lobe den Herrn, meine Seele, und was in mir ist, seinen heiligen Namen. Lobe den Herrn, meine Seele, und vergiß nicht, was er dir Gutes getan hat.

[Gebt (geben Sie) mir nun Eure (Ihre) Ringe, daß ich sie auf den Altar lege zum Zeichen, daß Gott Eure (Ihre) Ehe segnet.

Pfarrer erhält auf einer bereitgehaltenen kleinen Schale die beiden Ringe von dem Paar. Nachdem er sie auf dem Altar niedergelegt hat. fährt er fort:]

Pfarrer:

Herr Gott, himmlischer Vater, du segnest alle, die sich dir mit aufrichtigem Herzen nahen. Tue du selbst dein Werk an uns durch die Kraft deines Geistes und vollende, was wir in menschlichem Wort und Willen beginnen, durch deinen göttlichen Segen.

Gemeinde: Amen.

TRAUPREDIGT

LIED

Pfarrer:

Hört (Hören Sie), was die Heilige Schrift zur Ehe sagt:
Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde. Und er schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf den Menschen als Mann und Frau, denn er sprach: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch. Und Gott sah an alles, was er gemacht hatte, und siehe, es war sehr gut.

Jesus Christus, unser Herr, spricht: Gott, der im Anfang den Menschen geschaffen hat, schuf ihn als Mann und Frau und sprach: »Darum wird ein Mann Vater und Mutter verlassen und an seiner Frau hangen, und werden die zwei eins sein.« So sind sie nicht mehr zwei, sondern eins. Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden.

Der Apostel Paulus schreibt: Als die Auserwählten Gottes, als die Heiligen und Geliebten ziehet an herzliches Erbarmen, Freundlichkeit, Demut, Sanftmut, Geduld; und ertrage einer den andern und vergebt euch untereinander, wenn jemand Klage hat gegen den andern; wie der Herr euch vergeben hat, so vergebt auch ihr. Über alles aber zieht an die Liebe, die da ist das Band der Vollkommenheit; und der Friede Christi regiere in euren Herzen. Und alles, was ihr tut mit Worten oder mit Werken, das tut alles im Namen des Herrn Jesus und dankt Gott, dem Vater, durch ihn.

Liebes Brautpaar (Ehepaar), Ihr habt (Sie haben) die Worte der Heiligen Schrift gehört, Ihr wollt Euch (Sie wollen sich) vor Gott und dieser Gemeinde einander zur Ehe anvertrauen und begehrt (begehren) dazu seinen Segen. So laßt uns beten: Himmlischer Vater, der du uns kennst bis auf den Grund, die Herzen der Menschen lenkst und regierst, laß dir wohlgefallen den Bund unserer Ehe und sprich zu unserem menschlichen Ja dein göttliches Amen. Herr, hilf, o Herr, laß wohlgelingen.

Ehepaar: Amen.

Danach richtet der Pfarrer an Ehemann und Ehefrau die Traufragen:

Pfarrer:

So frage ich Dich, NN, vor dem heiligen Gott und vor seiner Gemeinde:

Willst Du NN als Deine Ehefrau aus Gottes Hand nehmen, sie lieben und ehren in dem Herrn, Freude und Leid mit ihr teilen und den Bund der Ehe mit ihr in Treue halten bis der Tod Euch scheidet? So sprich: Ja, mit Gottes Hilfe.

Ehemann: Ja, mit Gottes Hilfe.

Pfarrer:

Ebenso frage ich Dich, NN, vor dem heiligen Gott und vor seiner Gemeinde:
Willst Du NN als Deinen Ehemann aus Gottes Hand nehmen, ihn lieben und ehren in dem Herren, Freude und Leid mit ihm teilen und den Bund der Ehe mit ihm in Treue halten bis der Tod Euch scheidet? So sprich: Ja, mit Gottes Hilfe.

Ehefrau: Ja, mit Gottes Hilfe.

[Nachdem beide Ehegatten ihr Ja-Wort gesprochen haben, nimmt der Pfarrer die Schale mit den Ringen vom Altar, wendet sich wieder dem Paar zu und spricht:

Pfarrer:

Zum Zeichen dessen, was Ihr gelobt habt, gebt diese Ringe einander an die rechte Hand.

Der Ehemann nimmt den Ring seiner Frau und steckt ihn ihr an den Finger; in gleicher Weise die Frau dem Mann.]

Pfarrer:

Reicht einander die rechte Hand.

Die Eheleute stehen einander gegenüber. Der Pfarrer legt seine rechte Hand auf die Hände der beiden.

Pfarrer:

Nachdem Ihr Eure Ehe unter Gottes Wort gestellt habt, segne ich als ein Diener der Kirche Eure Ehe – *der Pfarrer macht das Kreuzeszeichen über den Händen der Eheleute* – im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.

Darauf kniet das Ehepaar, wo es üblich ist, und es wird das Segensgebet gesprochen.

Pfarrer:

Herr, wir danken dir, daß du diese Eheleute zueinandergeführt hast. Wir bitten dich, erhalte ihre Herzen in rechter Liebe und Treue. Gib ihnen deinen Geist, daß sie nach deinem Willen leben. Stärke in ihnen die Liebe zu deinem Wort und die Treue zu deiner Gemeinde. Segne ihre Ehe durch Jesus Christus unseren Herrn.

[Darauf kann der Pfarrer unter Handauflegung folgendes Segenswort sprechen:

Der Segen Gottes, des Allmächtigen und Barmherzigen, komme über Euch und bleibe bei Euch jetzt und immerdar.]

Nach diesem Gebet erhebt sich das Paar.

DANKLIED

Pfarrer: FÜRBITTEN

[Pfarrer *zu den Eheleuten:*

Betet nun als christliche Eheleute mit uns das Gebet, das der Herr Christus selbst uns gelehrt hat:]

Vater unser...

[Danach kann der Pfarrer dem Paar die Traubibel mit einem entsprechenden Votum überreichen, er gibt die Bestimmung der Kollekte an und entläßt die Gemeinde mit dem Segen.]

Pfarrer:

Der Herr segne dich und behüte dich. Der Herr lasse sein Angesicht leuchten über dir und sei dir gnädig. Der Herr erhebe sein Angesicht auf dich und gebe dir Frieden.

Gemeinde: Amen, Amen, Amen.

ORGELNACHSPIEL

Währenddessen geleitet der Pfarrer das Paar zum Ausgang; dort Glückwunsch und Verabschiedung.

Nr. 107

Bekanntmachung der Neufassung der Rahmenordnung für den Konfirmandenunterricht

Nachstehend veröffentlicht der Oberkirchenrat die auf der 5. Tagung der 43. Synode am 18. Mai 1988 beschlossene Neufassung der Rahmenordnung für den Konfirmandenunterricht. Die Rahmenordnung des Konfirmandenunterrichts in der bisherigen Fassung vom 27. November 1975 (GVBl. XVIII. Band, Seite 170 f.) tritt ab sofort außer Kraft.

Oldenburg, den 24. Mai 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Schäfer
Oberkirchenrat

Rahmenordnung für den Konfirmandenunterricht

In jeder Kirchengemeinde wird durch den Gemeindekirchenrat eine Ordnung für den Konfirmandenunterricht (KU) beschlossen. In ihr werden die nachstehenden Regelungen unter Berücksichtigung der Rahmenrichtlinien auf die örtlichen Verhältnisse angewandt. Die Ordnung für den KU soll vom Gemeindekirchenrat in jeder Amtsperiode überprüft und evtl. geändert werden. Das Ergebnis ist dem Oberkirchenrat mitzuteilen.

1. **Alter der Konfirmanden**

Der KU beginnt in der Regel nach dem vollendeten 12. Lebensjahr. Auf Wunsch der Eltern können in Einzelfällen auch jüngere Kinder am Unterricht teilnehmen. Eine allgemeine Vorverlegung des Unterrichtsalters kann vom Gemeindekirchenrat beim Oberkirchenrat beantragt werden. Als untere Grenze gilt in jedem Fall das vollendete 10. Lebensjahr. In diesen Gemeinden muß ein ausreichendes Angebot in begleitender Jugendarbeit für die 13- bis 15jährigen sichergestellt sein.

2. **Beginn und Dauer des KU**

Der Pastor/die Pastorin soll die Anmeldung zum KU persönlich entgegennehmen. Der KU beginnt in der Regel zu Anfang des Schuljahres. Er erstreckt sich über zwei Jahre. Die Konfirmation findet im zweiten Jahr zwischen Ostern und Pfingsten (Jubilate) statt. Der Unterricht soll insgesamt nicht weniger als 70 Zeitstunden umfassen.

3. **Abendmahlszulassung**

Nach eingehender Behandlung des Abendmahls im KU können die Konfirmanden auf Beschluß des Gemeindekirchenrates auch schon vor der Konfirmation zum Abendmahl zugelassen werden. Dieser Beschluß ist dem Oberkirchenrat anzuzeigen.

4. **Organisation des Unterrichts**

Der KU kann in Einzelstunden, in Blockstunden, an Konfirmandennachmittagen oder -wochenenden erteilt werden. Besonders Freizeiten, aber auch Praktika, Kurse, Projekte oder Erkundungen sind notwendige Bestandteile der Konfirmandenarbeit.

5. **Gottesdienstbesuche**

Regelmäßiger Besuch der Gottesdienste, auch der Kinder-, Jugend-, Familien- und anderer Gottesdienste (etwa zweimal monatlich) gehört in die Konfirmandenzeit hinein.

6. **Gruppenstärke**

Eine Unterrichtsgruppe soll aus nicht mehr als 20 Konfirmanden bestehen. Gemeinden mit sehr geringen Konfirmandenzahlen sollen mit benachbarten Gemeinden Unterrichtsgruppen bilden. Grundsätzlich sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, daß benachbarte Gemeinden den KU gemeinsam planen und durchführen können.

7. **Nebenberufliche und ehrenamtliche Mitarbeiter im KU**

a) **Nebenberufliche Mitarbeiter.** Auf Beschluß des Gemeindekirchenrates kann der KU auch von Personen nebenberuflich erteilt werden, die nicht hauptberuflich im Kirchendienst stehen.

b) **Ehrenamtliche Mitarbeiter.** Auf Beschluß des Gemeindekirchenrates können einzelne Themen und Einheiten auch von geeigneten Personen ehrenamtlich erteilt werden, die nicht hauptberuflich im Kirchendienst stehen.

Voraussetzung für alle Mitarbeiter ist eine angemessene Vorbereitung auf den Unterricht und eine enge Zusammenarbeit mit dem Pastor/der Pastorin. In solchen Fällen muß darauf geachtet werden, daß die Konfirmanden regelmäßig Kontakt mit dem Pastor/der Pastorin haben, der/die sie konfirmiert. Den Unterrichtenden kann eine Entschädigung gewährt werden, deren Höhe der Oberkirchenrat festsetzt.

8. **Zusammenarbeit mit den Eltern**

Väter, Mütter bzw. andere Erziehungsberechtigte sollen über Ziele, Inhalte sowie Arbeits- und Organisationsformen des KU laufend informiert werden und die Möglichkeit zu intensiver Mitarbeit erhalten, z.B. Familiengottesdienste am Beginn des KU und zu Beginn des zweiten Jahres, Elternabende, begleitende Seminare, Familienfreizeiten und Unterrichtsbesuche.

9. **Verantwortung des Gemeindekirchenrates**

Die Mitglieder des Gemeindekirchenrates, dessen Aufgabe laut KO Art. 25 Abs. 1 Satz 3 »die Sorge für die christliche Erziehung und Unterweisung der Jugend, die Schaffung und Erhaltung von Einrichtungen für die Förderung der Jugend im christlichen Leben und Denken, die Unterstützung der evangelischen Jugendarbeit in der Gemeinde« ist, sollen sich über den KU informieren. Dazu gehört die Möglichkeit zu Unterrichtsbesuchen, zur Beteiligung an Freizeiten, Jugendgottesdiensten usw. Der Gemeindekirchenrat trägt Verantwortung für eine sachgemäße Einrichtung der Unterrichtsräume, für die Bereitstellung von Mitteln für Unterrichtsmaterialien, Konfirmandenfreizeiten u.a.

Es kann ein Ausschuß für Konfirmandenarbeit eingerichtet werden.

10. **Versagung der Konfirmation**

Der Gemeindekirchenrat entscheidet über Ausschluß vom KU sowie über Verschiebung oder Versagung der Konfirmation im Einzelfall.

11. **Andere Formen**

Für andere Formen des kirchlichen Unterrichts, die nicht durch die vorliegende Ordnung erfaßt werden, kann auf Antrag des Gemeindekirchenrates der Oberkirchenrat die Genehmigung zur Erprobung erteilen.

Nr. 108

Bekanntmachung der Rahmenrichtlinien für den Konfirmandenunterricht

Nachstehend veröffentlicht der Oberkirchenrat die auf der 5. Tagung der 43. Synode am 18. Mai 1988 beschlossenen Rahmenrichtlinien für den Konfirmandenunterricht.

Oldenburg, den 24. Mai 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Schäfer
Oberkirchenrat

Rahmenrichtlinien für den Konfirmandenunterricht (KU)

I. **Grund und Ziel (Aufgabe) des KU**

1. Der KU gründet in dem Auftrag Jesu Christi: »Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker: Taufet sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende« (Mt. 28, 18–20).
2. Gebunden an diesen Auftrag, lädt die Gemeinde junge Menschen ein und hilft ihnen, zu erfahren und zu erkennen, was es für ihr Leben bedeutet, an Jusus Christus zu glauben und getauft zu sein. In der Gemeinschaft mit anderen Christen sollen sie Hilfe und Orientierung erfahren und ihr Leben im Vertrauen auf Gott führen und gestalten lernen. In alledem will der KU Ermutigung zum Glauben und zum Leben in der Gemeinde sein.

II. **Beteiligte am KU**

1. **Die Konfirmanden**

Die Konfirmanden befinden sich in einem Lebensabschnitt, in dem sie sich von ihren Eltern zu lösen beginnen und übernommene Orientierung und Verhaltensweisen in Frage stellen. Sie sind als junge Menschen ernst zu nehmen. Sie werden in ihrer Umwelt und in den Massenmedien von konkurrierenden Weltanschauungen und Sinnentwürfen umworben; dazu kommt ein großes Freizeitangebot. Diese Fülle macht es ihnen schwer, die Werte herauszufinden, die sie für sich selbst als verbindlich anerkennen können. Bei der Suche nach überzeugenden Sinngehalten und Werten sind Bezugspersonen und Gruppen in Schule, Verein und Freizeit für sie wichtig.

Ein Teil der Konfirmanden hat schon in Familie, Kindergarten, Kindergottesdienst oder Jugendarbeit Erfahrungen mit der Gemeinde gesammelt; andere stehen dem christlichen Glauben abwartend, gleichgültig oder auch ablehnend gegenüber. Es ist davon auszugehen, daß die Weitergabe der christlichen Traditionen in Kirche und Familie geringer geworden ist. Um so wichtiger ist es, daß der KU allen jungen Menschen zu positiven Grunderfahrungen mit dem Glauben, der Gemeinde und dem Pastor/der Pastorin verhilft.

2. **Die Familie**

Die Familien spüren den Ablösungsprozeß der Kinder, der in vielen Fällen mit Konflikten verbunden ist. Aber auch in dieser Zeit bleiben Eltern, Erziehungsberechtigte, Großeltern und Paten wichtige Bezugspersonen der Konfirmanden. Das Verhältnis der Familien zur Kirchengemeinde und zum christlichen Glauben ist unterschiedlich. Dieses wirkt sich auf die Kinder aus. Es ist deshalb notwendig, die Familie, insbesondere die Eltern, in den KU einzubeziehen.

3. **Das soziale Umfeld**

Über die Familie hinaus sind die Konfirmanden in soziale Gruppen eingefügt, die mit ihren Stimmungen und Meinungen, mit ihren Ansprüchen an Zeit und Kraft sowie mit ihren Erlebnissen und Erfahrungen die Aufnahmefähigkeit für den KU beeinflussen. Es ist für die Unterrichtenden wichtig, mit Schulen und Lehrern, Vereinen und Trägern der Freizeitgestaltung ins Gespräch zu kommen und Absprachen zu treffen.

4. **Die Unterrichtenden**

Die christliche Erziehung ist Aufgabe aller Glieder einer Kirchengemeinde, bildet aber innerhalb des gesamten Dienstes des Pastors/der Pastorin und der dafür ausgebildeten Mitarbeiter ein besonderes Aufgabengebiet. Viele Gemeinden machen gute Erfahrungen damit, daß auch Väter, Mütter und andere Gemeindeglieder am KU beteiligt werden. Weil der Glaube nicht nur durch Wissensvermittlung, sondern vor allem durch Erfahrung weitergegeben wird, hilft es den Konfirmanden, wenn sie nicht nur an hauptberuflichen Vertretern der Kirche, sondern auch an anderen erleben, was Christsein heute bedeutet. Umgekehrt hilft es den Unterrichtenden, wenn sie ihre Erfahrungen austauschen, sich gegenseitig anregen und ermutigen. Dies ist besonders wichtig, wenn Unterrichtende durch die Einstellung und das Verhalten der Konfirmanden oder eigene Schwierigkeiten verunsichert werden.

5. **Die Kirchengemeinde**

Der KU darf nicht von einem unwirklichen Idealbild der Gemeinde ausgehen, sondern muß die volkskirchliche Ortsgemeinde mit ihrer Spannweite zwischen bewußtem Bekennen und lockerem Zugehörigkeitsgefühl berücksichtigen. Diese Spannweite wird oft als Belastung empfunden. Dadurch wird das Lehren und Lernen beeinträchtigt und das Erreichen des Unterrichtsziels erschwert.

Andererseits darf nicht untergerschätzt werden, daß der KU viele junge Menschen und ihre Familien wenigstens zeitweise mit dem Leben der Kirchengemeinde in engere Berührung bringt und dadurch den Grund für eine weitere Entwicklung legt. Es bleibt Aufgabe der Kirchengemeinde, auch im KU die weniger mit ihr verbundenen Glieder einzuladen, die Belastungen für die Unterrichtenden möglichst gering zu halten und günstige Voraussetzungen für den KU zu schaffen.

III. **Gestaltung und Inhalte der Konfirmandenzeit**

1. **Mit Konfirmanden lernen**

Das Lernen geschieht auf verschiedenen Ebenen, die sich gegenseitig durchdringen: auf der des Denkens und Wissens, auf der des Fühlens und auf der des Handelns. Einem solchen Lernverständnis entsprechen vielfältige Formen der Teilhabe und Einübung, um dem jungen Menschen einen Zugang zur Glaubensüberlieferung und zum Leben der christlichen Gemeinde zu öffnen. Dabei sind auch Raumgestaltung, Atmosphäre, Umgangston, Leitungsstil, Gruppenstärke und -zusammensetzung wichtig. Die Aneignung eines tragfähigen Grundwissens soll sich mit Ansätzen des Erlebens und der praktischen Anwendung verbinden (Lernen mit »Herzen, Mund und Händen«).

2. **Themen**

Der KU muß, um seinen Auftrag zu verwirklichen, eine Reihe von Themen behandeln, welche die Zeugnisse der christlichen Botschaft mit den gegenwärtigen und zukünftigen Lebensbereichen der Konfirmanden verbinden. So können sie den Konfirmanden helfen, den christlichen Glauben kennenzulernen. Eigene und fremde Erfahrungen werden ins Licht des Evangeliums gestellt und Folgerungen für ein Leben im Glauben gezogen. Die Beteiligung an Gottesdiensten und dem übrigen Gemeindeleben soll helfen, die christliche Überlieferung in die eigene Erfahrung umzusetzen und die Konfirmanden zu eigenem Fragen und Bekennen zu ermutigen.

Folgende Themen sind verbindlich. Sie sollen unter Berücksichtigung der zugeordneten Schwerpunkte in etwa drei Viertel der zur Verfügung stehenden Zeit behandelt werden. Die Unterrichtenden legen die Reihenfolge der Themen fest.

Themen	Schwerpunkte
Kirche	Unsere Gemeinde Diakonie
Gottesdienst	Ordnung und Sinn des Gottesdienstes Taufe Abendmahl (Kirchenjahr)
Gott	Der Vater Jesu Gebet Schöpfung
Jesus Christus	Weihnachten Schuld und Vergebung Handeln und Reden Jesu Passion und Ostern
Bibel	Entstehung und Aufbau der Bibel Gotteswort und Menschenwort Reformation
Unser Glaube	Apostolikum Bekenntnis im Alltag Mission und Ökumene

Themen	Schwerpunkte
Unser Handeln	Jesu Gebot und die Zehn Gebote, z.B. 1. Gebot: Angst, Hoffnung und Vertrauen 3. Gebot: Freie Zeit – wozu? 4. Gebot: Autorität, Familie 5. Gebot: Frieden 6. Gebot: Freundschaft, Liebe, Sexualität 7. Gebot: Mein und Dein, Arm und Reich 8. Gebot: Wahrheit und Lüge

3. **Organisationsformen**

Für die Gestaltung der Konfirmandenarbeit sind folgende Organisationsformen, die auch kombiniert werden können, möglich: Einzelstunden oder Doppelstunden, Konfirmandennachmittage oder -wochenenden. Dazu können einzelne Abschnitte besonders gestaltet werden als Freizeiten, Praktika, Kurse, Projekte oder Erkundungen. Es hat sich bewährt, den Unterricht so zu organisieren, daß vorher und nachher Raum bleibt für persönliche Gespräche mit den Konfirmanden.

4. **Methoden**

Der KU bietet die Möglichkeit, je nach den Themen auch innerhalb einer Einzelstunde verschiedene Methoden anzuwenden (variable Sozial- und Gesprächsformen; kreative Gestaltungsmöglichkeiten; Umgang mit Medien). Für das Memorieren müssen Hilfen gegeben werden. Besondere Sorgfalt ist auf die Gestaltung von Anfang und Abschluß der Unterrichtsstunden bzw. -nachmittage zu verwenden, damit Gebet, evtl. auch Formen der Meditation, unter Einbeziehung der memorierten Texte geübt werden.

5. **Arbeitsmittel**

Unverzichtbares Arbeitsmittel in der Hand der Konfirmanden ist die Bibel (Luther '84). Gesangbuch und Kleiner Katechismus sollten dazukommen. Hilfreich ist der Einsatz von Lehrbüchern und Arbeitsmitteln aus dem Bereich der Religionspädagogik und Jugendarbeit. Sehr wichtig ist eine angemessene Grundausstattung des Konfirmandenraumes (Tafel, freie Wandfläche für Collagen, Bilder usw., Leinwand, Dia- und Tageslichtprojektor usw.).

Beim Singen sollten sowohl neue Lieder, in denen junge Menschen ihre Sprache und ihr Lebensgefühl wiederfinden, als auch die gebräuchlichsten älteren Lieder aus dem Gesangbuch vorkommen, damit im Gottesdienst ein gemeinsamer Gesang möglich bleibt.

6. **Gottesdienst**

Die Konfirmanden sollen regelmäßig am Gottesdienst teilnehmen. Dazu werden sie mit ihren Eltern eingeladen. Zur Überwindung der Fremdheit und Unsicherheit sollen die Konfirmanden in das Erleben des Gottesdienstes eingeführt und in regelmäßigen Abständen als Gruppe oder mit einzelnen Aufgaben an der Gestaltung beteiligt werden. Es ist hilfreich, auch freiere Gestaltungsformen des Gottesdienstes zu erproben. In allen Gottesdiensten aber sollte bei der Predigt und bei der Wahl der Lieder auch an die jungen Menschen gedacht werden.

IV. **Zusammenarbeit beim KU**

1. **Zusammenarbeit der Unterrichtenden**

Für jeden Konfirmandenjahrgang stimmen sich die Unterrichtenden im Blick auf Themen und Inhalte miteinander ab und bleiben in einem gegenseitigen Austausch, so daß sie einander unterstützen können. Vorhaben in der Jugendarbeit, die mit dem KU parallel laufen, sollten abgestimmt werden.

2. **Zusammenarbeit mit den Eltern**

Falls der Kontakt der Unterrichtenden mit den Müttern und Vätern bzw. anderen Erziehungsberechtigten nicht schon vorher besteht, sollte er spätestens bei der Anmeldung hergestellt werden. Hausbesuche sind wichtig; sie erleichtern das Unterrichten durch die bessere Kenntnis des häuslichen Hintergrunds der jungen Menschen. Wenn eine Verbindung zum Elternhaus besteht, ist es leichter möglich, zum Gottesdienst für Konfirmanden und ihre Angehörigen einzuladen, Elternabende zu veranstalten, Anregung zur sinnvollen Gestaltung der Familienfeier bei der Konfirmation zu geben und die Erziehungsberechtigten zur Mitarbeit beim KU zu gewinnen.

3. **Zusammenarbeit mit der Schule**

Im Religionsunterricht gelten Rahmenrichtlinien mit Themenplänen. Wenn irgend möglich, soll es hier zu Absprachen kommen. Auch die Termine des KU und der Freizeiten sollen rechtzeitig mit den Schulleitungen abgesprochen werden. Religionspädagogische Arbeitsgemeinschaften und gemeinsame Gottesdienste können die Zusammenarbeit mit der Schule beleben.

V. **Aus- und Fortbildung für den KU**

Damit die Unterrichtenden den gewachsenen Anforderungen des KU nachkommen können, ist Fortbildung als ständige Ergänzung, Vertiefung und Erweiterung der in der Ausbildung und in der Praxis erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich. Die Unterrichtenden nehmen im Rahmen ihrer dienstlichen Verpflichtungen an Fortbildungsveranstaltungen für den KU teil. Neben Praxisnähe, exemplarischem und erfahrungsbezogenem Lernen spielt dabei insbesondere die Zusammenarbeit aller am KU Beteiligten eine wichtige Rolle.

1. **Im Kirchenkreis**

Jeder Pfarrkonvent soll sich mindestens einmal jährlich mit dem KU beschäftigen. Der Konvent wählt ein Mitglied als Beauftragten für KU. Dieser soll die Verbindung mit dem Religionspädagogischen Institut in Loccum wie auch mit der Arbeitsstelle für Ev. Religionspädagogik unserer Kirche halten und für Informationen und Anregungen sorgen. Die Bildung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft im Kirchenkreis oder in benachbarten Kirchenkreisen wird empfohlen.

2. **In der Fortbildung der Pastoren/der Pastorinnen**

Die Fortbildung soll regelmäßig Veranstaltungen für die Unterrichtenden anbieten (Pastoralkollegs, Seminare, Tagungen, Werkstätten), wobei auch die Angebote des Religionspädagogischen Instituts Loccum zu nutzen sind. Jeder Unterrichtende soll in einem Rhythmus von fünf Jahren mindestens einmal an einer Fortbildungsveranstaltung teilnehmen. Fortbildung als Praxisbegleitung versucht, möglichst individuell bei der KU-Praxis des Unterrichtenden anzusetzen. Dies kann in Form kollegialer Beratung oder in Form von Einzelberatung (Supervision) geschehen. In den ersten Amtsjahren ist der Besuch einer auf den KU bezogenen Fortbildungsveranstaltung (FEA) verbindlich. Ehrenamtlich Unterrichtende werden in der Regel vor Ort zugerüstet.

3. **In der Vikarsausbildung**

In der Vikarsausbildung soll während des Gemeindevikariats das Arbeitsfeld KU – aufbauend auf die Erfahrungen im Schulpraktikum – als Schwerpunktthema intensiv erarbeitet werden (gegenseitiger Besuch der Vikare/Vikarinnen im KU und Austausch über die eigenen Erfahrungen in Hospitationsgruppen; Erarbeitung grundlegender Fragen zum KU im Seminar).

VI. **Abschluß des KU mit der Konfirmation**

1. **Vorstellung der Konfirmanden**

Vor dem Konfirmationsgottesdienst stellen sich die Konfirmanden mit ihrer Arbeit der Gemeinde vor. Bewährt hat sich ein Gottesdienst, den die Konfirmanden mitgestalten und bei dem Teile des KU sichtbar werden.

2. **Der Konfirmationsgottesdienst**

Mit dem Konfirmationsgottesdienst wird der KU feierlich abgeschlossen. Er ist bei den Konfirmanden und ihren Familien mit hohen Erwartungen verbunden. Dies sollte in der Vorbereitung des Gottesdienstes und in der Einbeziehung der Konfirmanden und der Vertreter der Kirchengemeinde an seiner Gestaltung zum Ausdruck kommen.

3. **Konfirmandenabendmahl**

Im KU werden die Konfirmanden in das Verständnis und in die Liturgie des Abendmahls eingeführt. Sie werden dadurch vorbereitet, gemäß der in der Kirchengemeinde geltenden Ordnung mit ihren Familien am Konfirmandenabendmahl teilzunehmen.

Nr. 109

Bekanntmachung einer Veränderung in der 43. Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg und ihren Ausschüssen

Die 43. Synode hat Militärdekan Hans-Jost Schütte, Achterdiek 35 A, 2900 Oldenburg, zum Synodalen berufen und in den Ausschuß für Gemeindedienst und Seelsorge und den Ausschuß für theologische und liturgische Fragen gewählt.

Oldenburg, den 13. Juli 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Ristow
Oberkirchenrat

Nr. 110

Bekanntmachung des Ergebnisses der Wahl zur Pfarrervertretung am 11. November 1987

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat gemäß § 2 Absatz 9 des Pfarrervertretungsgesetzes vom 30. November 1978 das Ergebnis der Wahl zur Pfarrervertretung vom 11. November 1987 bekannt. In die Pfarrervertretung wurden gewählt als

Mitglieder:	Stellvertreter:
Pfarrer Werner Dettloff, Bloherfelde	Pfarrer Volker-Henning Landig, Jever
Pfarrerin Dietgard Jacoby-Demetriades, Oldenburg	Pfarrerin Elke Heibrock, Edewecht
Pfarrer Harald Hartung, Brake	Pfarrerin Ursula Plote, Bant
Pfarrer Gerold Struß, Osternburg	Pfarrer Wilhelm Wassmann, Wardenburg
Pastorin Ulrike Hoffmann, Neuende	Pfarrer Dirk Janssen, Rastede
Pfarrerin Dr. Christine Reents, Varel	Pfarrer Edmund Schmidt von Happe, Bad Zwischenahn
Pfarrer Jörg Richter, Berne	Pastor Klaus Nebelung, Delmenhorst

Die Pfarrervertretung wählte zu ihrem Vorsitzenden Pfarrer Gerold Struß, Osternburg, und zur stellvertretenden Vorsitzenden Pfarrerin Dietgard Jacoby-Demetriades, Oldenburg.

Oldenburg, den 12. Juli 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Sievers
Bischof

Nr. 111

Bekanntmachung der Stellungnahme der Synode zur In-Vitro-Fertilisation

Nachstehend veröffentlicht der Oberkirchenrat die auf der 4. Tagung der 43. Synode am 26. November 1987 beschlossene Stellungnahme zur In-Vitro-Fertilisation.

Oldenburg, den 24. Mai 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Schäfer
Oberkirchenrat

Über die In-Vitro-Fertilisation (IVF)

Unter den mannigfachen Möglichkeiten der Gynäkologie, den Wunsch nach Kindern bei ungünstigen physischen Voraussetzungen zu erfüllen, bringt die IVF eine neue Stufe, indem sie die Vereinigung von Ei- und Samenzelle und den Wachstumsbeginn des menschlichen Embryos außerhalb des Mutterleibs herbeiführt.

Für den Christen erhebt sich damit die Frage, ob über die bisherigen gynäkologischen Verfahren hinaus auch die neue Methode der IVF verantwortbar ist. Das Argument der Bewahrung der Schöpfung reicht nicht aus, da auch bisher schon zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse, technische Hilfsmittel und ärztliche Methoden den natürlichen Vorgang von Zeugung, Schwangerschaft und Geburt beeinflussen. Hilfreich dagegen ist der Blick auf die Würde des Menschen. Jeder Mensch hat als Kind Gottes eine Würde, die ihn für andere zu einer unantastbaren Person macht. Die Bibel drückt dieses mit dem Wort aus, daß der Mensch zum Ebenbild Gottes geschaffen ist.

Wenn nun neue Methoden zu Gebote stehen und die Frage aufgeworfen wird, ob sie angewandt werden dürfen, dann muß die Antwort lauten: Sie dürfen nur insoweit angewandt werden, als die in Gott gründende Würde des Menschen nicht angetastet wird.

Daraus folgt – wenn man einen Seitenblick auf die später vielleicht mögliche Gentechnologie beim Menschen wirft –, daß eine Veränderung des Erbguts beim Menschen seine Würde zerstören würde, wenn sie ihn als Zuchtobjekt behandelte.

Zuvor folgt aber im Blick auf ein viel näher liegendes Problem, daß die Tötung des Menschen ausgeschlossen werden muß. In der Ablehnung der Todesstrafe und in der Verwerfung des Krieges als eines politischen Mittels hat sich dies durchgesetzt. Für die IVF ergibt sich aus der Ablehnung der Tötung des Menschen, daß kein menschlicher Embryo erzeugt werden darf, der dann – etwa weil er überzählig wäre oder weil er für Forschungszwecke gebraucht würde – auf irgendeine Weise getötet wird.

Was für den Embryo bei der IVF gilt, muß freilich genauso bei normal gezeugten Kindern gelten. Der Embryo in vivo (im Mutterleib) darf nicht weniger geschützt sein als der Embryo in vitro (außerhalb des Körpers). Es sollte im Blick auf das konfliktreiche Problem der Schwangerschaftsabbrüche neu durchdacht werden, daß der Schutz des ungeborenen Lebens unteilbar ist.

Wenn Eltern und Arzt in der IVF die Verantwortung für werdendes menschliches Leben auf sich nehmen wollen, sollten sie bedenken, daß sie selbst einen neuen, ihnen großenteils unbekannten Weg beschreiten. Es ist offenbar noch nicht ausgeschlossen, daß das Kind durch die Befruchtung außerhalb des Mutterleibs geschädigt wird. Weiter ist noch unbekannt, ob und wie die Eltern durch die IVF auf die Dauer in ihrer Ehe belastet werden. Und schließlich gibt es gegenwärtig noch keine Erfahrungen darüber, wie das Kind und später der Erwachsene die Besonderheit seiner Herkunft aus der IVF verarbeitet. Es dürfte zu den Mindestbedingungen für die Anwendung der IVF gehören, daß das Kind in einer Familie heranwachsen darf. Deshalb sollte die IVF nur bei Eheleuten angewandt werden.

Nr. 112

Richtlinien für die Zahlung von Honoraren

In Abstimmung mit den anderen Kirchen der Konföderation gelten für die Zahlung von Honoraren für Vorträge ab sofort folgende Richtlinien:

1. Die Zahlung von Honoraren ist nur im Rahmen der hierfür im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel unter Berücksichtigung der Leistungen Dritter zulässig.
2. Neben dem Honorar darf außer der nach den reisekostenrechtlichen Bestimmungen zustehenden Reisekostenvergütung keine weitere Entschädigung gezahlt werden.
3. Bei den nachstehend aufgeführten Honorarsätzen handelt es sich um Höchstsätze, die in der Regel nicht überschritten werden dürfen. Sollte in Ausnahmefällen eine Überschreitung notwendig sein, so ist vorher die Zustimmung des Oberkirchenrates einzuholen.
4. Hinsichtlich der Höhe der Honorare im Rahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung gilt*).
5. Für Vorträge bei sonstigen kirchlichen Veranstaltungen werden folgende Honorare festgesetzt:
   a) Mitarbeiter im Dienst einer Kirche der Konföderation, sofern die Leitung den dienstlichen Tätigkeitsbereich betrifft: keine Entschädigung.
   b) Mitarbeiter im Dienst einer Kirche der Konföderation, sofern die Leitung nicht in den dienstlichen Tätigkeitsbereich fällt: bis zu DM 75,–.
   c) Referenten, die nicht im Dienst einer Kirche der Konföderation stehen: bis zu DM 150,–.
6. Die bisher geltenden Richtlinien vom 1. Dezember 1980 (GVBl XIX. Band, Seite 220) treten außer Kraft.

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Schäfer
Oberkirchenrat

*) Tabelle zu »Richtlinien für die Zahlung von Honoraren« siehe Seite 187 oben.

	für einen Vortrag (auch mit Aussprache)	für ein Kurzreferat (auch mit Aussprache), Diskussionsleitung, Fachberatung bei einer Tagung, einem Lehrgang und einer Podiumsdiskussion	für eine Arbeitseinheit (½ Kurs-Doppelstunde bzw. 45 Minuten	für die Leitung eines Seminars oder einer Gruppenarbeit	
				für den ersten Tag	für jeden weiteren Tag
	DM 1	DM 2	DM 3	DM 4	DM 5
1. Mitarbeiter im Dienst einer Kirche der Konföderation					
a) sofern die Leistung zu den Dienstobliegenheiten gehört oder den dienstlichen Tätigkeitsbereich betrifft	keine	keine	keine	keine	keine
b) sofern die Leistung nicht den dienstlichen Tätigkeitsbereich betrifft	bis zu DM 100,–	bis zu DM 50,–	bis zu DM 25,–	bis zu DM 125,–	bis zu DM 100,–
2. Referenten, die nicht im Dienst einer Kirche der Konföderation stehen					
a) im Regelfall	bis zu DM 200,–	Bis zu DM 100,–	bis zu DM 35,–	bis zu DM 250,–	bis zu DM 200,–
b) wenn es sich um Fachkräfte mit besonderer Qualifikation handelt	bis zu DM 300,–	bis zu DM 150,–	bis zu DM 50,–	bis zu DM 350,–	bis zu DM 250,–

Nr. 113

Bekanntmachung der Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und der Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

Der Oberkirchenrat gibt nachstehend die Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und die Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg ab 1. März 1988 bekannt.

Oldenburg, den 26. Juli 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Ristow
Oberkirchenrat

Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg ab 1. März 1988

Nach § 45 der Dienstvertragsordnung (DVO) vom 16. Mai 1983, zuletzt geändert durch die 5. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 20. Januar 1988 (GVBl. XXI. Band, Seite 172, Nr. 99 vom 27. Mai 1988), ändert sich die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenmusiker in dem Maße, in dem sich die Anfangsgrundvergütung der Vergütungsgruppe VII BAT und der dieser Vergütungsgruppe entsprechende Ortszuschlag der Stufe 1 für die hauptberuflichen Angestellten ändern.

Nach § 46 Abs. 2 der Dienstvertragsordnung ist Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg der Mittelwert aus Anfangs- und Endgrundvergütung der Vergütungsgruppe VI b BAT – nach sechsjähriger Tätigkeit der Vergütungsgruppe V c BAT – zuzüglich des entsprechenden Ortszuschlags der Stufe 2. Die Maßstabsbeträge ändern sich mit Wirkung vom 1. März 1988.

Die geänderten Vergütungen ergeben sich aus den Anlagen A und B. Es wird darauf hingewiesen, daß die Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer bereits den Ortszuschlag nach Tarifklasse II Stufe 2 der Ortszuschlagstabelle enthalten.

Anlage A
(zu § 45 DienstVO)

Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker
ab 1. März 1988

A. Vergütungsübersicht für nebenberufliche Kirchenmusiker

	C-Prüfung DM	D-Prüfung DM	ohne Prüfung DM
I. Monatliche Vergütung			
Organistendienst:			
1. 70 Hauptgottesdienste jährlich bei je einem Hauptgottesdienst an Sonn- und Feiertagen	259,21	220,34	181,44
2. Zuschlag für je 70 weitere Hauptgottesdienste jährlich bei je einem weiteren Hauptgottesdienst an Sonn- und Feiertagen	159,54	135,61	111,69
3. Zuschlag für 44 Kindergottesdienste jährlich vor oder nach einem Hauptgottesdienst	62,62	53,24	43,85
4. 52 Werktagsgottesdienste oder -andachten jährlich	118,54	100,76	82,97
5. 52 Wochenschlußgottesdienste jährlich von etwa einer Stunde Dauer	162,96	138,52	114,07
Chorleiterdienst:			
6. Leitung eines mehrstimmigen Chores mit wöchentlichen Proben (jährlich 52 Proben mit je mindestens 90 Minuten)	192,50	163,61	134,75
7. Zuschlag für zwölf Gottesdiensteinsätze jährlich	44,44	37,78	31,10
Vorsängerdienst:			
8. Leitung eines liturgischen Chores und des Gemeindegesanges bei jährlich 70 Gottesdiensten einschließlich kurzer Ansingproben	159,13	135,27	111,40
II. Einzelvergütung für Amtshandlungen			
Organistendienst:			
1. Taufgottesdienst, Trauung oder Beerdigung	27,34	23,24	19,13
2. wie unter 1., jedoch im Anschluß an einen Hauptgottesdienst	17,09	14,52	11,96
III. Vertretungsvergütungen			
Organistendienst:			
1. Hauptgottesdienst an Sonn- und Feiertagen, Gründonnerstag; Christvesper oder Silvesterandacht	44,44	37,78	31,10
2. Zuschlag für jeden weiteren Hauptgottesdienst wie unter 1.	27,34	23,24	19,13
3. Kindergottesdienst oder Werktagsgottesdienst	27,34	23,24	19,13
4. Bibelstunde oder Kurzandacht	17,09	14,52	11,96
5. Wochenschlußgottesdienst von etwa einer Stunde Dauer	37,59	31,96	26,31
Chorleiterdienst:			
6. Probe von 90 Minuten Dauer	44,44	37,78	31,10

Anlage B
(zu § 46 Abs. 2 DienstVO)

Berechnungsgrundlage für die Vergütung der nebenberuflichen Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
gültig ab 1. März 1988

Die Berechnungsgrundlage beträgt

bei Vergütungsgruppe VI b BAT . . . . . 2 801,23 DM
bei Vergütungsgruppe V c BAT . . . . . 2 970,51 DM

Nr. 114

Bekanntmachung der Tarifverträge über die Erhöhung der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Tarifverträge über die Erhöhung der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst bekannt (Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen 1988 im öffentlichen Dienst).

Oldenburg, den 26. Juli 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Ristow
Oberkirchenrat

Erhöhung der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ab 1. März 1988, 1. Januar 1989 und 1. Januar 1990

I.

Die Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind durch Tarifverträge vom 14. April 1988 mit Wirkung vom 1. März 1988, 1. Januar 1989 und 1. Januar 1990 erhöht worden. Gleichzeitig wurden Änderungstarifverträge abgeschlossen.

Die o. g. Tarifverträge werden nach Maßgabe des § 2 der Dienstvertragsordnung (DVO) vom 16. Mai 1983, zuletzt geändert durch die 5. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 20. Januar 1988 (GVBl. XXI. Band, Seite 172, Nr. 99 vom 27. Mai 1988), in Verbindung mit § 21 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 10. Oktober 1979 auch für den Bereich unserer Kirche übernommen.

II.

Wegen der im sonstigen öffentlichen Dienst vorgesehenen Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit vom 1. April 1989 an auf 39 Stunden und vom 1. April 1990 an auf 38,5 Stunden ist bei der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission eine Verhandlung darüber beantragt worden, ob die Änderung in der Konföderation und in den beteiligten Kirchen wirksam werden soll (§ 21 Abs. 2 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes). Das Ergebnis dieser Verhandlung bleibt einstweilen abzuwarten.

III.

1. Vergütungstarifvertrag Nr. 25 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 14.4.1988
   – Anlage A –
2. Monatslohntarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 14.4.1988
   – Anlage B –
3. Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 13 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 14.4.1988
   – Anlage D –
4. Tarifvertrag vom 14.4.1988 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
   – Anlage E –

Dieser Bekanntmachung wird der Runderlaß des Niedersächsischen Ministers der Finanzen vom 4.5.1988 – auszugsweise – beigefügt. Für die Durchführung der Tarifverträge sind die im Runderlaß gegebenen Hinweise zu beachten. Ergänzend wird noch darauf hingewiesen, daß bei den nebenberuflichen Mitarbeitern, die eine Ausgleichszulage gemäß § 59 Abs. 2 DVO erhalten, ab 1.3.1988, 1.1.1989 und 1.1.1990 eine Verringerung der Ausgleichszulage gemäß § 59 Abs. 3 DVO vorzunehmen ist. Auf die im Rundschreiben Nr. 12/85 vom 14.1.1985 zur Durchführung der DVO zu § 59 gegebenen Hinweise wird Bezug genommen.

Die Neufestsetzung der Vergütung ist den Mitarbeitern **schriftlich** mitzuteilen. Darüber hinaus sind die Vergütungsfestsetzungen **aktenkundig** zu machen, damit sie jederzeit nachgeprüft werden können.

Sollten sich hinsichtlich der Auslegung der Tarifverträge Zweifel ergeben, so wird gebeten, beim Oberkirchenrat Rückfrage zu halten.

C. Minister der Finanzen

Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen 1988 im öffentlichen Dienst; Tarifverträge über die Erhöhung der Vergütungen, Löhne und Ausbildungsvergütungen

RdErl. d. MF v. 4.5.1988 – 45 80 01/1988 –

I.

1. Die Tarifvertragsparteien haben die nachstehenden Tarifverträge geschlossen:

Vergütungstarifvertrag Nr. 25 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 14.4.1988 **(Anlage A)**,

Monatslohntarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 14.4.1988 **(Anlage B)**,

26. Änderungstarifvertrag vom 14.4.1988 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer **(Anlage C)**,

Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 13 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 14.4.1988 **(Anlage D)**,

Tarifvertrag vom 14.4.1988 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes **(Anlage E)**,

Tarifvertrag vom 14.4.1988 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe **(Anlage F)**,

Tarifvertrag vom 14.4.1988 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger **(Anlage G)**,

Tarifvertrag vom 14.4.1988 zur Änderung des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden **(Anlage H)**,

Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 2 für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 14.4.1988 **(Anlage I)** und

Tarifvertrag vom 14.4.1988 zur Aufhebung von Tarifverträgen betreffend Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe **(Anlage J)**.

2. Die als Anlagen A und D bis J abgedruckten Tarifverträge sind jeweils getrennt, jedoch gleichlautend,

– mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – Hauptvorstand –
und
– mit der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst – Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) – Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) – Marburger Bund (MB) –,

die als Anlagen B und C abgedruckten Verträge sind, da sie Arbeiter betreffen, nur

– mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – Hauptvorstand –

abgeschlossen worden. Dabei ist der als Anlage D abgedruckte Vertrag für arbeiterrentenversicherungspflichtige Auszubildende auch mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) abgeschlossen worden.

Es besteht Einvernehmen über den Abschluß gleichlautender Tarifverträge unter dem Datum vom 15.4.1988

– mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) hinsichtlich der als Anlagen B und C abgedruckten Tarifverträge
sowie
– mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD) – im Anschlußwege – hinsichtlich der als Anlagen A bis C und D bis J abgedruckten Tarifverträge.

3. Die Tarifverträge werden für den Bereich der Landesverwaltung mit der Bitte um weitere Veranlassung bekanntgegeben.

Die für Ärzte/Ärztinnen im Praktikum am 1.7.1988 und später in Kraft tretenden Tarifverträge werden gemeinsam mit RdErl. vom 3.5.1988 (Nds. MBl. S. 406) bekanntgegeben.

Die Beträge in den den Vergütungs- und Lohnstellen vorab mit Schnellbrief vom 28.3.1988 – 45 80 01/1988 – übersandten Tabellen sind unverändert geblieben.

4. Wegen der für die Durchführung der Tarifverträge benötigten Haushaltsmittel wird auf Nr. 12 meines RdErl. vom 15.2.1986 (Nds. MBl. S. 226 – GültL 2/111) i.V. m. dem RdErl. vom 21.12.1987 (Nds. MBl. 1988 S. 5 – GültL 2/121) hingewiesen.

II.

Zusammenfassung der Verhandlungsergebnisse

1. Die Grundvergütungen der Angestellten und die Monatstabellenlöhne der Arbeiter sind für die Zeit

a) vom 1.3. bis 31.12.1988 um 2,4 v.H.,

b) vom 1.1. bis 31.12.1989 um weitere 1,4 v.H. und

c) vom 1.1. 1990 an um weitere 1,7 v.H.

erhöht worden.

Die Ortszuschläge und die Sozialzuschläge – mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge nach § 3 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 24 zum BAT vom 3.4.1987 – sind zu denselben Zeitpunkten in demselben Umfang erhöht worden. Die an Angestellte mit Vergütung nach den Vergütungsgruppen X bis VIII sowie an Arbeiter mit Entlohnung nach den Lohngruppen II bis VI für das zweite und jedes weitere Kind zu zahlenden Erhöhungsbeträge von 40 DM, 30 DM oder 20 DM sind unverändert geblieben.

2. Die Ausbildungsvergütungen für die unter den Manteltarifvertrag vom 6.12.1974 fallenden Auszubildenden sind ebenfalls für die Zeit

a) vom 1.3. bis 31.12.1988 um 2,4 v.H.,

b) vom 1.1. bis 31.12.1989 um weitere 1,4 v.H. und

c) vom 1.1.1990 an um weitere 1,7 v.H.

erhöht worden. Außerdem wurde die mit dem Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 12 vom 3.4.1987 erstmals eingeräumte Möglichkeit des Verzichts auf den 749 DM übersteigenden Betrag der Bruttobezüge erneut vereinbart.

3. Das Ausbildungsgeld der Lernschwestern/Lernpfleger, deren Rechtsverhältnisse sich nach dem Tarifvertrag vom 1.1.1967 richten und die ihre Ausbildung vor dem 1.9.1985 begonnen haben, sowie die Entgelte der Praktikanten wurden unter Zugrundelegung der bisherigen Berechnungsweise zu denselben Zeitpunkten um dieselben Vomhundertsätze wie die Vergütungen der Angestellten erhöht, das Ausbildungsgeld der Lernschwestern/Lernpfleger für das zweite Ausbildungsjahr jedoch nur bis zum 31.12.1988 und für das dritte Ausbildungsjahr nur bis zum 31.12.1989. Mit Ablauf des 31.12.1989 ist der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern/Lernpfleger als gegenstandslos aufgehoben worden.

4. Die nach Maßgabe des neuen Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildeten Schülerinnen/Schüler, die unter den Tarifvertrag vom 28.2.1986 fallen und deren Ausbildungsverhältnis vor dem 1.1.1986 begonnen hat, erhalten Ausbildungsvergütungen weiterhin in Höhe des Ausbildungsgeldes für Lernschwestern/Lernpfleger (vgl. Nr. 3).

Die Ausbildungsvergütungen der Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Krankenpflegehilfe und in der Entbindungshilfe, deren Ausbildungsverhältnis nach dem 31.12.1985 begonnen hat, bestimmen sich für das Jahr 1988 weiterhin nach den Vergütungssätzen des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 28.2.1986. Für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.1989 wurden diese Ausbildungsvergütungen um 1,4 v.H. und vom 1.1.1990 an um weitere 1,7 v.H. angehoben.

Außerdem wurde für Schülerinnen/Schüler, die unter den Tarifvertrag vom 28.2.1986 fallen und die eine Ausbildungsvergütung nach § 1 des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 vom 28.2.1986 erhalten, mit Wirkung vom 1.3.1988 an erstmals die Möglichkeit des Verzichts auf den 749 DM übersteigenden Betrag der Bruttobezüge eingeräumt.

5. Das Entgelt der unter den Tarifvertrag vom 10.4.1987 fallenden Ärzte/Ärztinnen im Praktikum ist für die Zeit

a) vom 1.1. bis 31.12.1989 um 1,4 v.H. und

b) vom 1.1.1990 an um weitere 1,7 v.H.

erhöht worden. Hierzu wird auf den RdErl. vom 3.5.1988 (Nds. MBl. S. 406) verwiesen.

6. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit soll vom 1.4.1989 an auf 39 Stunden, vom 1.4.1990 an auf 38,5 Stunden herabgesetzt werden. Hierüber ergehen zu gegebener Zeit gesonderte Hinweise.

III.

Zur Durchführung der Tarifverträge weise ich auf folgendes hin:

1. **Vergütungstarifvertrag Nr. 25 zum BAT (Anlage A)**

1.1 Zu § 4 (Ortszuschlag)

1.1.1 Der Ehegattenanteil im Ortszuschlag des Angestellten (Unterschiedsbetrag zwischen den Stufen 1 und 2) beträgt

	in den Tarifklassen I b und I c	in der Tarifklasse II
vom 1.3. bis 31.12.1988	144,70 DM	137,82 DM
vom 1.1. bis 31.12.1989	146,72 DM	139,76 DM
vom 1.1.1990 an	149,22 DM	142,14 DM

monatlich.

Steht nach § 29 Abschn. B Abs. 5 BAT der Ehegattenanteil nur zur Hälfte zu, erhält der Angestellte

	in den Tarifklassen I b oder I c	in der Tarifklasse II
vom 1.3. bis 31.12.1988	72,35 DM	68,91 DM
vom 1.1. bis 31.12.1989	73,36 DM	69,88 DM
vom 1.1.1990 an	74,61 DM	71,07 DM

monatlich als halben Ehegattenanteil.

1.1.2 Die Erhöhungsbeträge von 20 DM, 30 DM bzw. 40 DM für Angestellte mit Vergütung nach den Vergütungsgruppen VIII bis X bleiben unverändert.

1.2 Zu § 5 (Stundenvergütungen)

Diese Vorschrift bestimmt die Stundenvergütungen (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT), die für die Bemessung der Zeitzuschläge für Überstunden, für Arbeit an Sonntagen, Wochenfeiertagen und Vorfesttagen sowie für die Bemessung der Überstundenvergütungen (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT) maßgebend sind. Die **zusätzliche** Erhöhung der Stundenvergütungen vom 1.4.1989 und vom 1.4.1990 an beruht auf der zu den genannten Zeitpunkten wirksam werdenden Wochenarbeitszeitverkürzung um eine bzw. um eine halbe Stunde (vgl. Abschn. II Nr. 6).

1.3 Erhöhungssatz für den Aufschlag gemäß § 47 Abs. 2 BAT

Zwischen den Tarifvertragsparteien besteht Einvernehmen, daß der Erhöhungssatz für den Aufschlag (§ 47 Abs. 2 Unterabs. 5 BAT)

a) vom 1.3.1988 an 1,92 v.H.,

b) vom 1.1.1989 an 1,12 v.H. und

c) vom 1.1.1990 an 1,36 v.H.

beträgt. Daraus ergibt sich folgendes:

a) Mit Wirkung vom 1.3.1988:

Der Erhöhungssatz von 1,92 v.H. ist in allen Fällen anzuwenden, in denen der Aufschlag nach § 47 Abs. 2 Unterabs. 2 BAT berechnet ist. Ist der Berechnung des Aufschlags die Vorschrift des § 47 Abs. 2 Unterabs. 3 oder 4 BAT zugrunde zu legen, gilt folgendes:

Hat der Berechnungszeitraum vor dem 1.3.1988 geendet, ist der Aufschlag vom 1.3.1988 an um 1,92 v.H. zu erhöhen. Hat der Berechnungszeitraum nach dem 29.2.1988 geendet, greift die Dynamisierungsregelung nicht ein, und zwar auch nicht für den Teil des Aufschlags, der auf Bezügebestandteilen beruht, die vor dem 1.3.1988 zugestanden haben.

b) Vom 1.1.1989 an:

Das zu Buchstabe a Gesagte gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß der Erhöhungssatz vom 1.1.1989 an 1,12 v.H. beträgt. Das bedeutet

aa) in den Fällen des § 47 Abs. 2 Unterabs. 2 BAT sowie in den Fällen des § 47 Abs. 2 Unterabs. 3 und 4 BAT, in denen der Berechnungszeitraum vor dem 1.1.1989 endet, daß der Aufschlag vom 1.1.1989 an um 1,12 v.H. und

bb) in den Fällen des § 47 Abs. 2 Unterabs. 3 und 4 BAT, in denen der maßgebende Berechnungszeitraum nach dem 31.12.1988 endet, daß der Aufschlag nicht

zu erhöhen ist.

c) Mit Wirkung vom 1.1.1990:

Die Ausführungen unter Buchstabe b gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß der Erhöhungssatz 1,36 v.H. beträgt und daß an die Stelle des 1.1.1989 der 1.1.1990 und an die Stelle des 31.12.1988 der 31.12.1989 treten.

1.4 Einsatzzuschlag nach Nr. 3 Abs. 2 Unterabs. 2 SR 2 c BAT

Zwischen den Tarifvertragsparteien besteht Einvernehmen, daß der Einsatzzuschlag nach Nr. 3 Abs. 2 Unterabs. 2 SR 2 c BAT für die Zeit

a) vom 1.3. bis 31.12.1988 20,08 DM,
b) vom 1.1. bis 31.3.1989 20,36 DM,
c) vom 1.4. bis 31.12.1989 20,89 DM,
d) vom 1.1. bis 31.3.1990 21,24 DM und
e) vom 1.4.1990 an 21,52 DM

beträgt.

2. **Monatslohntarifvertrag Nr. 18 zum MTL II (Anlage B)**

2.1 Stundenlohntabellen

Die vom 1.4. bis 31.12.1989 und vom 1.4.1990 an maßgebenden »Stundenlohntabellen« sind erforderlich, weil vom 1.4.1989 an die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit des § 15 Abs. 1 MTL II um eine Stunde auf 39 Stunden und vom 1.4.1990 an um eine weitere halbe Stunde auf 38,5 Stunden herabgesetzt wird. Der Divisor zur Berechnung der Stundenanteile beträgt ab 1.4.1989: 169,57 und ab 1.4.1990: 167,40.

2.2 Zu § 4 (Sozialzuschlag)

2.2.1 Nach § 4 des Monatslohntarifvertrages Nr. 18 zum MTL II i.V. m. § 4 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 zum BAT erhöht sich der Sozialzuschlag für Arbeiter mit Entlohnung nach den Lohngruppen II bis VI für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind – wie bei Angestellten der kinderbezogene Anteil des Ortszuschlags – um 40 DM, 30 DM bzw. 20 DM. Der Erhöhungsbetrag ist Teil des Sozialzuschlags.

2.2.2 Erhöhungssatz für den Zuschlag nach § 48 MTL II

Zwischen den Tarifvertragsparteien besteht Einvernehmen, daß der Erhöhungssatz für den Zuschlag zum Urlaubslohn nach § 48 Abs. 3 Unterabs. 3 MTL II

a) vom 1.3.1988 an 1,92 v.H.,
b) vom 1.1.1989 an 1,12 v.H. und
c) vom 1.1.1990 an 1,36 v.H.

beträgt.

Der Erhöhungssatz für den Zuschlag nach § 48 Abs. 5 Satz 3 MTL II beträgt

a) vom 1.3.1988 an 2,40 v.H.,
b) vom 1.1.1989 an 1,40 v.H. und
c) vom 1.1.1990 an 1,70 v.H.

2.2.3 Lohnzuschläge nach dem TVZ zum MTL

Die Bemessungsgrundlage für die Lohnzuschläge nach dem TVZ zum MTL beträgt für die Zeit

a) vom 1.3. bis 31.12.1988 8,26 DM,
b) vom 1.1. bis 31.12.1989 8,38 DM,
c) vom 1.1.1990 an 8,52 DM.

Hieraus ergeben sich nachstehende Lohnzuschläge:

In der Zuschlagsgruppe	für die Zeit		
	vom 1.3. bis 31.12.1988 DM	vom 1.1. bis 31.12.1989 DM	vom 1.1.1990 an DM
I	0,41	0,42	0,43
II	0,50	0,50	0,51
III	0,66	0,67	0,68
IV	0,83	0,84	0,85
V	0,99	1,01	1,02
VI	1,16	1,17	1,19
VII	1,32	1,34	1,36
VIII	1,65	1,68	1,70
IX	2,07	2,10	2,13
X	2,56	2,60	2,64

3. **26. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer (Anlage C)**

Die mit Wirkung vom 1.3.1988 an maßgebenden Pauschallöhne der Personenkraftwagenfahrer sind unter Zugrundelegung der vom 1.3.1988 an geltenden Monatstabellenlöhne neu festgesetzt worden.

Die vom 1.1.1989 an maßgebenden Pauschallöhne der Personenkraftwagenfaher sollen im Zusammenhang mit den am 9./10.6.1988 vorgesehenen Redaktionsverhandlungen über die am 1.4.1989 und am 1.4.1990 jeweils in Kraft tretende Stufe der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit vereinbart werden.

4. **Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 13 für Auszubildende bei Bund und Ländern (Anlage D)**

4.1 Zu § 5 (Verzicht auf Spitzenbeträge)

Die erstmals mit dem Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 12 vom 3.4.1987 eingeräumte Möglichkeit des Verzichts auf den 749 DM übersteigenden Betrag der Bruttobezüge ist erneut vereinbart worden. Auf die Ausführungen in Abschn. III Nr. 5.1 des RdErl. vom 13.4.1987 (Nds. MBl. S. 416), die entsprechend gelten, wird verwiesen.

4.2 Auswirkungen auf den Fahrkostenanteil gemäß § 10 Abs. 1 des Manteltarifvertrages für Auszubildende

Der Eigenanteil der Auszubildenden an den Fahrkosten nach § 10 Abs. 1 Satz 3 des Manteltarifvertrages für Auszubildende beträgt monatlich für die Zeit

a) vom 1.3. bis 31.12.1988 36,86 DM,
b) vom 1.1. bis 31.12.1989 37,38 DM,
c) vom 1.1.1990 an 38,02 DM.

Da jedoch nach § 10 Abs. 1 Satz 5 des Manteltarifvertrages weniger als 3,– DM nicht ausgezahlt werden, kommt eine Fahrkostenerstattung i.S. des Satzes 3 der Vorschrift nur in Betracht, wenn sich die Fahrkosten monatlich für die Zeit

a) vom 1.3. bis 31.12.1988 auf mindestens 39,86 DM,
b) vom 1.1. bis 31.12.1989 auf mindestens 40,38 DM,
c) vom 1.1.1990 an auf mindestens 41,02 DM

belaufen. Ist dies der Fall, ist die Differenz zwischen dem Eigenanteil und den tatsächlichen Fahrkosten zu erstatten.

5. **Tarifvertrag zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger (Anlage G)**

5.1 Zu § 2 (Ausbildungsgeld)

Der Festsetzung eines Ausbildungsgeldes für das erste Ausbildungsjahr, für das zweite Ausbildungsjahr nach dem 31.12.1988 und für das dritte Ausbildungsjahr nach dem 31.12.1989 bedurfte es nicht mehr, weil sich Lernschwestern und Lernpfleger mit entsprechenden Ausbildungsjahren nach diesen Zeitpunkten nicht mehr in Ausbildung befinden können.

5.2 Auswirkungen der Erhöhung der Ausbildungsgelder

Die in § 5 Abs. 1 ausgewiesenen Beträge erhalten nach § 2 Abs. 1 des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 28.2.1986 auch

a) die Hebammenschülerinnen/Schüler in der Entbindungspflege, deren Ausbildungsverhältnis nach dem 30.6.1985 und vor dem 1.1.1986 begonnen hat,
b) die Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege oder Kinderkrankenpflege, deren Ausbildungsverhältnis nach dem 31.8. 1985 und vor dem 1.1.1986 begonnen hat.

Übersichten der für diese Schülerinnen/Schüler vom 1.3. bis 31.12.1988, vom 1.1. bis 31.3.1989 und vom 1.4. bis 31.12. 1989 maßgebenden Entgelte nach § 11 Abs. 1 Satz 1 und Zeitzuschläge nach § 11 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 28.2.1986 sind als Anlagen 1 bis 3 zur Anlage G abgedruckt.

6. **Tarifvertrag zur Änderung des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden (Anlage H)**

Zu § 1 Nr. 2 (Verzicht auf Spitzenbeträge)

Für Schülerinnen/Schüler, die eine Ausbildungsvergütung nach § 1 des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 vom 28.2.1986 erhalten, d.h., die ihre Ausbildung nach dem 31.12.1985 begonnen haben bzw. beginnen, ist mit Wirkung vom 1.3.1988 an erstmals die Möglichkeit des Verzichts auf den 749 DM übersteigenden Betrag der Bruttobezüge eingeräumt worden. Die Regelung entspricht der mit dem Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 12 vom 3.4.1987 für Auszubildende bei Bund und Ländern (erstmals) eingeführten Verzichtsmöglichkeit; auf die Ausführungen hierzu in Abschn. III Nr. 5.1 des RdErl. vom 13.4.1987 (Nds. MBl. S. 416), die entsprechend gelten, wird verwiesen.

7. **Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 2 für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden (Anlage I)**

7.1 Zu § 1 (Höhe der Ausbildungsvergütung)

Auf Abschn. II Nr. 4 Abs. 2 wird hingewiesen. Übersichten der maßgebenden Entgelte und Zeitzuschläge sind als Anlagen 1 bis 4 zur Anlage I abgedruckt.

7.2 Zu § 3 (Verzicht auf Spitzenbeträge)

Die erstmals mit § 1 Nr. 2 des Tarifvertrages vom 14.4.1988 zur Änderung des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 eingeräumte Möglichkeit des Verzichts auf den 749 DM übersteigenden Betrag der Bruttobezüge ist erneut, d.h. auch für die Zeit vom 1.1.1989 an, vereinbart worden. Auf die Ausführungen unter Nr. 6, die entsprechend gelten, wird verwiesen.

8. **Sonstiges**

8.1 Berechnung der zusätzlichen Umlage

Das zusatzversorgungspflichtige Entgelt i.S. des § 8 Abs. 4 Satz 1 Versorgungs-TV beträgt für die Zeit

a) vom 1.3. bis 31.12.1988 7 716,64 DM,

b) vom 1.1. bis 31.12.1989 7 824,67 DM,

c) vom 1.1.1990 an 7 957,69 DM.

8.2 Sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Nachzahlungen vom 1.3.1988 an

Nachzahlungen auf Grund rückwirkend in Kraft tretender Tarifverträge stellen kein »einmalig gezahltes Arbeitsentgelt« i. S. des § 385 Abs. 1 a RVO dar. Sie müssen auf die Lohnabrechnungszeiträume verteilt werden, für die sie bestimmt sind.

8.3 Maßregelungsklausel

In den Redaktionsverhandlungen am 14.4.1988 haben Bund, TdL und VKA zur Niederschrift erklärt, daß von Maßregelungen (Abmahnungen, Entlassungen o.ä.) aus Anlaß gewerkschaftlicher Warnstreiks im Februar 1988 abgesehen wird, wenn sich die Teilnahme an diesen Warnstreiks im Rahmen der Regeln für rechtmäßige Arbeitskämpfe gehalten hat. Die Vertreter der Gewerkschaften haben ihrerseits erklärt, sie erwarteten, daß Bund, TdL und VKA gesprächsbereit seien, wenn sich trotz der vorstehenden Erklärung der Arbeitgeberseite Schwierigkeiten irgendwelcher Art für Mitglieder ihrer Organisationen ergeben sollten.

Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß durch obige Erklärung der Arbeitgeber die Bezügekürzung für die durch die Teilnahme an den genannten gewerkschaftlichen Aktionen versäumten Arbeitsstunden sowie Maßregelungen und ggf. die Geltendmachung von Kosten- bzw. Schadensersatzansprüchen bei rechtswidrigen Verhaltensweisen unberührt bleiben. Auf meinen Schnellbrief vom 7.3.1988 – 45 11 02 – (n. v.) betreffend Warnstreiks in der Landesverwaltung weise ich hin.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung.

– Nds. MBl. Nr. 17/1988 S. 443

Anlage A

Vergütungstarifvertrag Nr. 25 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 14. April 1988

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) fallen.

§ 2

Vergütungen für die Monate Januar und Februar 1988

Für die Monate Januar und Februar 1988 gilt der Vergütungstarifvertrag Nr. 24 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 3. April 1987.

§ 3

Grundvergütungen, Gesamtvergütungen

(1) Die Grundvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppe I bis X (§ 26 Abs. 3 BAT) sind

– für die Zeit vom 1. März 1988 bis zum 31. Dezember 1988 in der Anlage 1 a,

– für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1989 in der Anlage 1 b,

– für die Zeit vom 1. Januar 1990 an in der Anlage 1 c

festgelegt.

(2) Die Grundvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen IV b bis X und I b bis II b, die das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 23. Lebensjahr vollendet haben (§ 28 Abs. 1 BAT), ergeben sich

– für die Zeit vom 1. März 1988 bis zum 31. Dezember 1988 aus der Anlage 2 a,

– für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1989 aus der Anlage 2 b,

– für die Zeit vom 1. Januar 1990 an aus der Anlage 2 c.

(3) Die Gesamtvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen VI a/b bis X, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich

– für die Zeit vom 1. März 1988 bis zum 31. Dezember 1988 aus der Anlage 3 a,

– für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1989 aus der Anlage 3 b,

– für die Zeit vom 1. Januar 1990 an aus der Anlage 3 c.

(4) Die Grundvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. XII bis Kr. I (§ 26 Abs. 3 BAT) sind

– für die Zeit vom 1. März 1988 bis zum 31. Dezember 1988 in der Anlage 4 a,

– für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1989 in der Anlage 4 b,

– für die Zeit vom 1. Januar 1990 an in der Anlage 4 c

festgelegt.

(5) Die Gesamtvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. III bis Kr. I, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich

– für die Zeit vom 1. März 1988 bis zum 31. Dezember 1988 aus der Anlage 5 a,

– für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1989 aus der Anlage 5 b,

– für die Zeit vom 1. Januar 1990 an aus der Anlage 5 c.

§ 4

Ortszuschlag

(1) Die Beträge des Ortszuschlages (§ 26 Abs. 3 BAT) sind

– für die Zeit vom 1. März 1988 bis zum 31. Dezember 1988 in der Anlage 6 a,

– für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1989 in der Anlage 6 b,

– für die Zeit vom 1. Januar 1990 an in der Anlage 6 c

festgelegt.

(2) In der Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Angestellte mit Vergütung nach

– den Vergütungsgruppen X, IX b und Kr. I . . . um je 40 DM,

– den Vergütungsgruppen IX a und Kr. II . . . . . um je 30 DM,

– der Vergütungsgruppe VIII . . . . . um je 20 DM.

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGG bemessen wird; für die Anwendung des Unterabsatzes 1 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

§ 5

Stundenvergütungen

Die Stundenvergütungen (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT) betragen:

In Vergütungsgruppe	Für die Zeit vom 1.3.1988 bis 31.12.1988 DM	vom 1.1.1989 bis 31.3.1989 DM	vom 1.4.1989 bis 31.12.1989 DM	vom 1.1.1990 bis 31.3.1990 DM	vom 1.4.1990 an DM
X	12,51	12,69	13,02	13,24	13,41
IX b	13,18	13,37	13,72	13,95	14,13
IX a	13,43	13,62	13,98	14,21	14,40
VIII	13,94	14,14	14,51	14,76	14,95
VII	14,85	15,06	15,45	15,71	15,92
VI a/b	15,82	16,04	16,46	16,74	16,96
V c	17,05	17,28	17,74	18,04	18,27
V a/b	18,67	18,93	19,42	19,75	20,01
IV b	20,20	20,48	21,02	21,38	21,65
IV a	21,94	22,25	22,83	23,22	23,52
III	23,84	24,18	24,81	25,23	25,56
II b	25,07	25,42	26,09	26,53	26,87
II a	26,41	26,78	27,48	27,94	28,31
I b	28,84	29,24	30,01	30,52	30,91
I a	31,34	31,78	32,61	33,17	33,60
I	34,20	34,68	35,58	36,19	36,66
Kr. I	13,63	13,82	14,18	14,42	14,61
Kr. II	14,26	14,46	14,84	15,09	15,29
Kr. III	14,96	15,17	15,57	15,83	16,04
Kr. IV	15,69	15,91	16,33	16,61	16,82
Kr. V	16,50	16,73	17,17	17,46	17,69
Kr. VI	17,42	17,66	18,12	18,43	18,67
Kr. VII	18,73	18,99	19,48	19,82	20,07
Kr. VIII	19,84	20,12	20,64	21,00	21,27
Kr. IX	21,05	21,35	21,90	22,28	22,57
Kr. X	22,35	22,66	23,25	23,65	23,95
Kr. XI	23,77	24,11	24,73	25,16	25,48
Kr. XII	25,20	25,55	26,22	26,66	27,01

§ 6

Ausgleichszulagen für die Angestellten im Saarland

(für die nds. Landesverwaltung ohne Bedeutung)

§ 7

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Angestellte, die spätestens mit Ablauf des 31. März 1988 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Angestellte, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Dies gilt ferner nicht für Angestellte, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezuge des Altersruhegeldes nach § 25 Abs. 1 oder 3 AVG, § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 8

Inkrafttreten, Laufzeit

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1988 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Dezember 1990, schriftlich gekündigt werden.

Anlage 1 a
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen I bis X nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres
(§ 27 Abschn. A BAT)
Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

VergGr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem Lebensjahr (monatlich in DM)														
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.
I		4076,99	4297,99	4519,06	4740,10	4961,14	5182,21	5403,22	5624,28	5845,32	6066,37	6287,43	6508,46	6729,48	
Ia		3757,89	3929,68	4101,42	4273,18	4444,93	4616,73	4788,53	4960,25	5132,02	5303,78	5475,58	5647,32	5812,01	
Ib		3340,82	3505,94	3671,07	3836,19	4001,31	4166,45	4331,57	4496,71	4661,84	4826,94	4992,07	5157,20	5321,94	
IIa		2961,27	3112,94	3264,65	3416,29	3567,98	3719,66	3871,31	4023,00	4174,67	4326,37	4478,04	4629,63		
IIb		2761,10	2899,35	3037,59	3175,87	3314,14	3452,41	3590,67	3728,93	3867,21	4005,47	4143,73	4204,15		
III	2631,80	2761,10	2890,38	3019,67	3148,98	3278,27	3407,58	3536,86	3666,14	3795,45	3924,78	4054,08	4177,07		
IVa	2385,70	2504,02	2622,33	2740,61	2858,92	2977,23	3095,54	3213,85	3332,17	3450,48	3568,79	3687,11	3803,78		
IVb	2181,34	2275,21	2369,03	2462,89	2556,71	2650,57	2744,41	2838,27	2932,12	3025,95	3119,82	3213,65	3226,14		
Va	1928,81	2003,16	2077,48	2157,81	2240,29	2322,81	2405,34	2487,84	2570,37	2652,88	2735,40	2817,90	2894,56		
Vb	1928,81	2003,16	2077,48	2157,81	2240,29	2322,81	2405,34	2487,84	2570,37	2652,88	2735,40	2817,90	2823,63		
Vc	1823,26	1890,27	1957,36	2027,72	2098,09	2171,43	2249,49	2327,63	2405,69	2483,78	2560,87				
VIa	1726,59	1778,38	1830,13	1881,94	1933,69	1987,01	2041,38	2095,75	2151,08	2211,43	2271,77	2332,13	2392,46	2452,82	2504,58
VIb	1726,59	1778,38	1830,13	1881,94	1933,69	1987,01	2041,38	2095,75	2151,08	2211,43	2271,77	2318,98			
VII	1599,57	1641,61	1683,68	1725,71	1767,79	1809,83	1851,88	1893,95	1935,99	1979,19	2023,37	2055,24			
VIII	1479,73	1518,18	1556,67	1595,11	1633,59	1672,05	1710,53	1748,98	1787,46	1816,04					
IXa	1431,33	1469,59	1507,82	1546,07	1584,29	1622,53	1660,75	1699,00	1737,13						
IXb	1377,68	1412,59	1447,48	1482,36	1517,26	1552,16	1587,06	1621,93	1651,45						
X	1279,27	1314,18	1349,07	1383,95	1418,87	1453,75	1488,65	1523,57	1558,42						

Anlage 2 a
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen I b bis II b bzw. IV b bis X
unter 21 bzw. 23 Jahren
(zu § 28 BAT)
Gültig vom 1. März 1988 bis zum 31. Dezember 1988

VergGr.	Grundvergütung vor Vollendung des 23. Lebensjahres (monatlich in DM)
I b	3 173,78
II a	2 813,21
II b	2 623,05

VergGr.	Grundvergütung nach Vollendung des 18. Lebensjahres (monatlich in DM)	19.	20.
IV b			2 181,34
V a/V b			1 928,81
V c	1 695,63	1 750,33	1 823,26
VI a/VI b	1 605,73	1 657,53	1 726,59
VII	1 487,60	1 535,59	1 599,57
VIII	1 376,15	1 420,54	1 479,73
IX a	1 331,14	1 374,08	1 431,33
IX b	1 281,24	1 322,57	1 377,68
X	1 189,72	1 228,10	1 279,27

Anlage 3 a
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen VI a/b bis X unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)
Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

Alter	Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen VI a/b	VII	VIII	IX a	IX b	X
	(monatlich in DM)					
vor Vollendung des 16. Lebensjahres	1 301,97	1 232,10	1 166,19		1 110,07	1 055,94
nach Vollendung des 16. Lebensjahres	1 538,69	1 456,12	1 378,23	1 346,77	1 311,90	1 247,93
nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1 775,41	1 680,14	1 590,26	1 553,96	1 513,73	1 439,92

Anlage 4 a
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. XII bis Kr. I nach Vollendung des 20. Lebensjahres
(zu § 27 Abschn. B BAT)
Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

VergGr.	Grundvergütungssätze in Stufe 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	(monatlich in DM)									
Kr. XII	3 119,79	3 284,53	3 449,25	3 559,79	3 670,29	3 780,83	3 891,37	4 001,89	4 112,38	4 216,69
Kr. XI	2 888,28	3 046,81	3 205,27	3 311,63	3 417,98	3 524,35	3 630,69	3 737,05	3 843,40	3 941,42
Kr. X	2 673,48	2 819,46	2 965,43	3 063,46	3 161,48	3 259,49	3 357,49	3 455,51	3 553,54	3 649,46
Kr. IX	2 475,37	2 610,92	2 746,46	2 838,25	2 930,00	3 021,74	3 113,52	3 205,27	3 297,00	3 378,36
Kr. VIII	2 291,88	2 416,98	2 542,11	2 627,59	2 713,11	2 798,63	2 884,13	2 969,63	3 055,10	3 128,10
Kr. VII	2 122,94	2 239,70	2 356,52	2 433,69	2 510,83	2 587,98	2 665,15	2 742,28	2 819,46	2 896,63
Kr. VI	1 983,84	2 079,67	2 179,24	2 252,23	2 325,21	2 398,21	2 471,20	2 544,17	2 617,17	2 681,85
Kr. V	1 857,22	1 943,10	2 032,70	2 092,80	2 154,19	2 220,94	2 287,69	2 354,42	2 421,18	2 483,74
Kr. IV	1 740,90	1 819,64	1 898,37	1 952,03	2 008,27	2 064,63	2 120,99	2 181,34	2 243,89	2 300,19
Kr. III	1 633,57	1 705,12	1 776,70	1 825,00	1 873,34	1 921,63	1 970,70	2 021,44	2 072,16	2 113,47
Kr. II	1 535,15	1 597,76	1 660,39	1 703,34	1 746,26	1 789,20	1 832,18	1 875,12	1 918,06	1 955,68
Kr. I	1 443,92	1 499,37	1 554,83	1 592,40	1 629,96	1 667,54	1 705,12	1 742,68	1 780,26	1 817,86

Anlage 5 a
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. III bis Kr. I unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)
Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

Alter	Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen (monatlich in DM)		
	Kr. I	Kr. II	Kr. III
vor Vollendung des 16. Lebensjahres	1 146,50	1 196,67	
nach Vollendung des 16. Lebensjahres	1 354,95	1 414,25	
nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1 563,41	1 631,83	1 705,64

Anlage 6 a
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Ortszuschlagstabelle
(zu § 29 BAT)
(monatlich in DM)
Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

Tarifklasse	zu der Tarifklasse gehörende Vergütungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I b	I bis II b	765,21	909,91	1 032,52
I c	III bis V a/b Kr. XII bis Kr. VII	680,06	824,76	947,37
II	V c bis X Kr. VI bis Kr. I	640,62	778,44	901,05

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 122,61 DM.

Gemäß § 4 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 erhöht sich in der Tarifklasse II der Ortszuschlag für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Angestellte mit Vergütung nach

- den Vergütungsgruppen X, IX b und Kr. I um je 40,– DM,
- den Vergütungsgruppen IX a und Kr. II um je 30,– DM,
- der Vergütungsgruppe VIII um je 20,– DM.

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGG bemessen wird; für die Anwendung des § 4 Abs. 2 Unterabs. 1 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

Ortszuschlag nach § 29 Abschn. B Abs. 8 BAT: Tarifklasse I c 544,05 DM,
Tarifklasse II 512,50 DM.

Tabelle der Zeitzuschläge nach § 35 Abs. 1 Satz 2 BAT und der Überstundenvergütung nach § 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT Gültig vom 1. März bis 31. Dezember 1988

VergGr.	Stundenvergütung (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT)	Zeitzuschlag für Überstunden 25/20/15 v.H.	Überstundenvergütung	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen 25 v.H.	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich 135 v.H.	bei Freizeitausgleich 35 v.H.	Ostern, Pfingsten 25 v.H.	Weihnachten, Neujahr 100 v.H.
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
X	12,51	3,13	15,64	3,13	16,89	4,38	3,13	12,51
IX b	13,18	3,30	16,48	3,30	17,79	4,61	3,30	13,18
IX a	13,43	3,36	16,79	3,36	18,13	4,70	3,36	13,43
VIII	13,94	3,49	17,43	3,49	18,82	4,88	3,49	13,94
VII	14,85	3,71	18,56	3,71	20,05	5,20	3,71	14,85
VI a/b	15,82	3,96	19,78	3,96	21,36	5,54	3,96	15,82
V c	17,05	4,26	21,31	4,26	23,02	5,97	4,26	17,05
V a/b	18,67	3,73	22,40	4,67	25,20	6,53	4,67	18,67
IV b	20,20	3,03	23,23	5,05	27,27	7,07	5,05	20,20
IV a	21,94	3,29	25,23	5,49	29,62	7,68	5,49	21,94
III	23,84	3,58	27,42	5,96	32,18	8,34	5,96	23,84
II b	25,07	3,76	28,83	6,27	33,84	8,77	6,27	25,07
II a	26,41	3,96	30,37	6,60	35,65	9,24	6,60	26,41
I b	28,84	4,33	33,17	7,21	38,93	10,09	7,21	28,84
I a	31,34	4,70	36,04	7,84	42,31	10,97	7,84	31,34
I	34,20	5,13	39,33	8,55	46,17	11,97	8,55	34,20
Kr. I	13,63	3,41	17,04	3,41	18,40	4,77	3,41	13,63
Kr. II	14,26	3,57	17,83	3,57	19,25	4,99	3,57	14,26
Kr. III	14,96	3,74	18,70	3,74	20,20	5,24	3,74	14,96
Kr. IV	15,69	3,92	19,61	3,92	21,18	5,49	3,92	15,69
Kr. V	16,50	4,13	20,63	4,13	22,28	5,78	4,13	16,50
Kr. VI	17,42	4,36	21,78	4,36	23,52	6,10	4,36	17,42
Kr. VII	18,73	3,75	22,48	4,68	25,29	6,56	4,68	18,73
Kr. VIII	19,84	3,97	23,81	4,96	26,78	6,94	4,96	19,84
Kr. IX	21,05	3,16	24,21	5,26	28,42	7,37	5,26	21,05
Kr. X	22,35	3,35	25,70	5,59	30,17	7,82	5,59	22,35
Kr. XI	23,77	3,57	27,34	5,94	32,09	8,32	5,94	23,77
Kr. XII	25,20	3,78	28,98	6,30	34,02	8,82	6,30	25,20

Übersicht über die vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988 auf Grund von Fußnoten bzw. Protokollnotizen zu den Vergütungsgruppen zu zahlenden Funktions-, Bewährungs- und Leistungszulagen

a) Teil I der Anlage 1 a zum BAT
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 127,97 DM

b) Teil II der Anlage 1 a zum BAT
Abschn. H
– VergGr. V c, Fußnote 1 — 164,09 DM

Abschn. N, Unterabschn. 1
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 151,96 DM
– Protokollnotiz Nr. 3 — 127,97 DM
– Protokollnotiz Nr. 6 — 118,38 DM

Abschn. N, Unterabschn. II
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 151,96 DM
– VergGr. VII, Fußnote 2 — 127,97 DM
– VergGr. VIII, Fußnote 1 — 110,98 DM

Abschn. N, Unterabschn. III
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 151,96 DM
VergGr. VII, Fußnote 2 — 127,97 DM

Abschn. P, Unterabschn. II
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 127,97 DM
– VergGr. VIII, Fußnote 1 — 110,98 DM

c) Leistungszulagen an Angestellte im Schreibdienst nach den Gemeinsamen Richtlinien vom 16.3.1970 i.d.F. vom 1.9.1970 – LZR II – (s. Abschn. III Nr. 4 a der Anlage 2 zum Gem. RdErl. vom 7.9.1970 – 53 30 75/7 –, n.v.), geändert durch Abschn. II Nr. 7.3 Buchst. b des RdErl. vom 4.1.1985 (Nds. MBL. S. 55).

Teil II der Anlage 1 a zum BAT

Abschn. N, Unterabschn. I
– Protokollnotizen Nrn. 4 und 7

Bemessungsgrundlage (Anschlagszahl)	Leistungszulage VergGr. VIII	VergGr. VII
über 29 000	57,68 DM	
über 38 000	115,35 DM	115,35 DM
über 48 000		210,20 DM

Anlage 1 b
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen I bis X nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres
(§ 27 Abschn. A BAT)
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989

VergGr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem Lebensjahr (monatlich in DM)														
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.
I		4134,07	4358,16	4582,33	4806,46	5030,60	5254,76	5478,87	5703,02	5927,15	6151,30	6375,45	6599,58	6823,69	
Ia		3810,50	3984,70	4158,84	4333,00	4507,16	4681,36	4855,57	5029,69	5203,87	5378,03	5552,24	5726,38	5893,38	
Ib		3387,59	3555,02	3722,46	3889,90	4057,33	4224,78	4392,21	4559,66	4727,11	4894,52	5061,96	5229,40	5396,45	
IIa		3002,73	3156,52	3310,36	3464,12	3617,93	3771,74	3925,51	4079,32	4233,12	4386,94	4540,73	4694,44		
IIb		2799,76	2939,94	3080,12	3220,33	3360,54	3500,74	3640,94	3781,14	3921,35	4061,55	4201,74	4263,01		
III	2668,65	2799,76	2930,85	3061,95	3193,07	3324,17	3455,29	3586,38	3717,47	3848,59	3979,73	4110,84	4235,55		
IVa	2419,10	2539,08	2659,04	2778,98	2898,94	3018,91	3138,88	3258,84	3378,82	3498,79	3618,75	3738,73	3857,03		
IVb	2211,88	2307,06	2402,20	2497,37	2592,50	2687,68	2782,83	2878,01	2973,17	3068,31	3163,50	3258,64	3271,31		
Va	1955,81	2031,20	2106,56	2188,02	2271,65	2355,33	2439,01	2522,67	2606,36	2690,02	2773,70	2857,35	2935,08		
Vb	1955,81	2031,20	2106,56	2188,02	2271,65	2355,33	2439,01	2522,67	2606,36	2690,02	2773,70	2857,35	2863,16		
Vc	1848,79	1916,73	1984,76	2056,11	2127,46	2201,83	2280,98	2360,22	2439,37	2518,55	2596,72				
VIa	1750,76	1803,28	1855,75	1908,29	1960,76	2014,83	2069,96	2125,09	2181,20	2242,39	2303,57	2364,78	2425,95	2487,16	2539,64
VIb	1750,76	1803,28	1855,75	1908,29	1960,76	2014,83	2069,96	2125,09	2181,20	2242,39	2303,57	2351,45			
VII	1621,96	1664,59	1707,25	1749,87	1792,54	1835,17	1877,81	1920,47	1963,09	2006,90	2051,70	2084,01			
VIII	1500,45	1539,43	1578,46	1617,44	1656,46	1695,46	1734,48	1773,47	1812,48	1841,46					
IXa	1451,37	1490,16	1528,93	1567,71	1606,47	1645,25	1684,00	1722,79	1761,45						
IXb	1396,97	1432,37	1467,74	1503,11	1538,50	1573,89	1609,28	1644,64	1674,57						
X	1297,18	1332,58	1367,96	1403,33	1438,73	1474,10	1509,49	1544,90	1580,24						

Anlage 2 b
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen I b bis II b bzw. IV b bis X
unter 21 bzw. 23 Jahren
(zu § 28 BAT)
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989

VergGr.	Grundvergütung vor Vollendung des 23. Lebensjahres (monatlich in DM)
I b	3 218,21
II a	2 852,59
II b	2 659,77

VergGr.	Grundvergütung nach Vollendung des 18. Lebensjahres (monatlich in DM)	Grundvergütung nach Vollendung des 19. Lebensjahres (monatlich in DM)	Grundvergütung nach Vollendung des 20. Lebensjahres (monatlich in DM)
IV b			2 211,88
V a/V b			1 955,81
V c	1 719,37	1 774,84	1 848,79
VI a/VI b	1 628,21	1 680,73	1 750,76
VII	1 508,42	1 557,08	1 621,96
VIII	1 395,42	1 440,43	1 500,45
IX a	1 349,77	1 393,32	1 451,37
IX b	1 299,18	1 341,09	1 396,97
X	1 206,38	1 245,29	1 297,18

Anlage 3 b
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen VI a/b bis X unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989

Alter	Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen (monatlich in DM)					
	VI a/b	VII	VIII	IX a	IX b	X
vor Vollendung des 16. Lebensjahres	1 320,19	1 249,35	1 182,52		1 125,60	1 070,72
nach Vollendung des 16. Lebensjahres	1 560,22	1 476,50	1 397,52	1 365,62	1 330,26	1 265,39
nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1 800,26	1 703,66	1 612,52	1 575,71	1 534,91	1 460,07

Anlage 4 b
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. XII bis Kr. I nach Vollendung des 20. Lebensjahres
(zu § 27 Abschn. B BAT)
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989

VergGr.	Grundvergütungssätze in Stufe (monatlich in DM)									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Kr. XII	3 163,47	3 330,51	3 497,54	3 609,63	3 721,67	3 833,76	3 945,85	4 057,92	4 169,95	4 275,72
Kr. XI	2 928,72	3 089,47	3 250,14	3 357,99	3 465,83	3 573,69	3 681,52	3 789,37	3 897,21	3 996,60
Kr. X	2 710,91	2 858,93	3 006,95	3 106,35	3 205,74	3 305,12	3 404,49	3 503,89	3 603,29	3 700,55
Kr. IX	2 510,03	2 647,47	2 784,91	2 877,99	2 971,02	3 064,04	3 157,11	3 250,14	3 343,16	3 425,66
Kr. VIII	2 323,97	2 450,82	2 577,70	2 664,38	2 751,09	2 837,81	2 924,51	3 011,20	3 097,87	3 171,89
Kr. VII	2 152,66	2 271,06	2 389,51	2 467,76	2 545,98	2 624,21	2 702,46	2 780,67	2 858,93	2 937,18
Kr. VI	2 011,61	2 108,79	2 209,75	2 283,76	2 357,76	2 431,78	2 505,80	2 579,79	2 653,81	2 719,40
Kr. V	1 883,22	1 970,30	2 061,16	2 122,10	2 184,35	2 252,03	2 319,72	2 387,38	2 455,08	2 518,51
Kr. IV	1 765,27	1 845,11	1 924,95	1 979,36	2 036,39	2 093,53	2 150,68	2 211,88	2 275,30	2 332,39
Kr. III	1 656,44	1 728,99	1 801,57	1 850,55	1 899,57	1 948,53	1 998,29	2 049,74	2 101,17	2 143,06
Kr. II	1 556,64	1 620,13	1 683,64	1 727,19	1 770,71	1 814,25	1 857,83	1 901,37	1 944,91	1 983,06
Kr. I	1 464,13	1 520,36	1 576,60	1 614,69	1 652,78	1 690,89	1 728,99	1 767,08	1 805,18	1 843,31

Anlage 5 b
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. III bis Kr. I unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989

Alter	Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen (monatlich in DM)		
	Kr. I	Kr. II	Kr. III
vor Vollendung des 16. Lebensjahres	1 162,54	1 213,42	
nach Vollendung des 16. Lebensjahres	1 373,91	1 434,04	
nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1 585,28	1 654,67	1 729,52

Anlage 6 b
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Ortszuschlagstabelle
(zu § 29 BAT)
(monatlich in DM)
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989

Tarifklasse	zu der Tarifklasse gehörende Vergütungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I b	I bis II b	775,93	922,65	1 046,98
I c	III bis V a/b Kr. XII bis Kr. VII	689,59	836,31	960,64
II	V c bis X Kr. VI bis Kr. I	649,58	789,34	913,67

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 124,33 DM.

Gemäß § 4 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 erhöht sich in der Tarifklasse II der Ortszuschlag für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Angestellte mit Vergütung nach

- den Vergütungsgruppen X, IX b und Kr. I um je 40,– DM,
- den Vergütungsgruppen IX a und Kr. II um je 30,– DM,
- der Vergütungsgruppe VIII um je 20,– DM.

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGG bemessen wird; für die Anwendung des § 4 Abs. 2 Unterabs. 1 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

Ortszuschlag nach § 29 Abschn. B Abs. 8 BAT: Tarifklasse I c 551,67 DM,
Tarifklasse II 519,66 DM.

Tabelle der Zeitzuschläge nach § 35 Abs. 1 Satz 2 BAT und der Überstundenvergütung nach § 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT Gültig vom 1. Januar bis 31. März 1989

VergGr.	Stundenvergütung (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT)	Zeitzuschlag für Überstunden 25/20/15 v.H.	Überstundenvergütung	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen 25 v.H.	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich 135 v.H.	bei Freizeitausgleich 35 v.H.	Ostern, Pfingsten 25 v.H.	Weihnachten, Neujahr 100 v.H.
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
X	12,69	3,17	15,86	3,17	17,13	4,44	3,17	12,69
IX b	13,37	3,34	16,71	3,34	18,05	4,68	3,34	13,37
IX a	13,62	3,41	17,03	3,41	18,39	4,77	3,41	13,62
VIII	14,14	3,54	17,68	3,54	19,09	4,95	3,54	14,14
VII	15,06	3,77	18,83	3,77	20,33	5,27	3,77	15,06
VI a/b	16,04	4,01	20,05	4,01	21,65	5,61	4,01	16,04
V c	17,28	4,32	21,60	4,32	23,33	6,05	4,32	17,28
V a/b	18,93	3,79	22,72	4,73	25,56	6,63	4,73	18,93
IV b	20,48	3,07	23,55	5,12	27,65	7,17	5,12	20,48
IV a	22,25	3,34	25,59	5,56	30,04	7,79	5,56	22,25
III	24,18	3,63	27,81	6,05	32,64	8,46	6,05	24,18
II b	25,42	3,81	29,23	6,36	34,32	8,90	6,36	25,42
II a	26,78	4,02	30,80	6,70	36,15	9,37	6,70	26,78
I b	29,24	4,39	33,63	7,31	39,47	10,23	7,31	29,24
I a	31,78	4,77	36,55	7,95	42,90	11,12	7,95	31,78
I	34,68	5,20	39,88	8,67	46,82	12,14	8,67	34,68
Kr. I	13,82	3,46	17,28	3,46	18,66	4,84	3,46	13,82
Kr. II	14,46	3,62	18,08	3,62	19,52	5,06	3,62	14,46
Kr. III	15,17	3,79	18,96	3,79	20,48	5,31	3,79	15,17
Kr. IV	15,91	3,98	19,89	3,98	21,48	5,57	3,98	15,91
Kr. V	16,73	4,18	20,91	4,18	22,59	5,86	4,18	16,73
Kr. VI	17,66	4,42	22,08	4,42	23,84	6,18	4,42	17,66
Kr. VII	18,99	3,80	22,79	4,75	25,64	6,65	4,75	18,99
Kr. VIII	20,12	4,02	24,14	5,03	27,16	7,04	5,03	20,12
Kr. IX	21,35	3,20	24,55	5,34	28,82	7,47	5,34	21,35
Kr. X	22,66	3,40	26,06	5,67	30,59	7,93	5,67	22,66
Kr. XI	24,11	3,62	27,73	6,03	32,55	8,44	6,03	24,11
Kr. XII	25,55	3,83	29,38	6,39	34,49	8,94	6,39	25,55

Tabelle der Zeitzuschläge nach § 35 Abs. 1 Satz 2 BAT und der Überstundenvergütung nach § 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT Gültig vom 1. April bis 31. Dezember 1989

VergGr.	Stundenvergütung (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT)	Zeitzuschlag für Überstunden 25/20/15 v.H.	Überstundenvergütung	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen 25 v.H.	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich 135 v.H.	bei Freizeitausgleich 35 v.H.	Ostern, Pfingsten 25 v.H.	Weihnachten, Neujahr 100 v.H.
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
X	13,02	3,26	16,28	3,26	17,58	4,56	3,26	13,02
IX b	13,72	3,43	17,15	3,43	18,52	4,80	3,43	13,72
IX a	13,98	3,50	17,48	3,50	18,87	4,89	3,50	13,98
VIII	14,51	3,63	18,14	3,63	19,59	5,08	3,63	14,51
VII	15,45	3,86	19,31	3,86	20,86	5,41	3,86	15,45
VI a/b	16,46	4,12	20,58	4,12	22,22	5,76	4,12	16,46
V c	17,74	4,44	22,18	4,44	23,95	6,21	4,44	17,74
V a/b	19,42	3,88	23,30	4,86	26,22	6,80	4,86	19,42
IV b	21,02	3,15	24,17	5,26	28,38	7,36	5,26	21,02
IV a	22,83	3,42	26,25	5,71	30,82	7,99	5,71	22,83
III	24,81	3,72	28,53	6,20	33,49	8,68	6,20	24,81
II b	26,09	3,91	30,00	6,52	35,22	9,13	6,52	26,09
II a	27,48	4,12	31,60	6,87	37,10	9,62	6,87	27,48
I b	30,01	4,50	34,51	7,50	40,51	10,50	7,50	30,01
I a	32,61	4,89	37,50	8,15	44,02	11,41	8,15	32,61
I	35,58	5,34	40,92	8,90	48,03	12,45	8,90	35,58
Kr. I	14,18	3,55	17,73	3,55	19,14	4,96	3,55	14,18
Kr. II	14,84	3,71	18,55	3,71	20,03	5,19	3,71	14,84
Kr. III	15,57	3,89	19,46	3,89	21,02	5,45	3,89	15,57
Kr. IV	16,33	4,08	20,41	4,08	22,05	5,72	4,08	16,33
Kr. V	17,17	4,29	21,46	4,29	23,18	6,01	4,29	17,17
Kr. VI	18,12	4,53	22,65	4,53	24,46	6,34	4,53	18,12
Kr. VII	19,48	3,90	23,38	4,87	26,30	6,82	4,87	19,48
Kr. VIII	20,64	4,13	24,77	5,16	27,86	7,22	5,16	20,64
Kr. IX	21,90	3,29	25,19	5,48	29,57	7,67	5,48	21,90
Kr. X	23,25	3,49	26,74	5,81	31,39	8,14	5,81	23,25
Kr. XI	24,73	3,71	28,44	6,18	33,39	8,66	6,18	24,73
Kr. XII	26,22	3,93	30,15	6,56	35,40	9,18	6,56	26,22

Übersicht über die vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989 auf Grund von Fußnoten bzw. Protokollnotizen zu den Vergütungsgruppen zu zahlenden Funktions-, Bewährungs- und Leistungszulagen

a) Teil I der Anlage 1 a zum BAT
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 129,76 DM

b) Teil II der Anlage 1 a zum BAT
Abschn. H
– VergGr. V c, Fußnote 1 — 166,39 DM

Abschn. N, Unterabschn. 1
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 154,09 DM
– Protokollnotiz Nr. 3 — 129,76 DM
– Protokollnotiz Nr. 6 — 120,04 DM

Abschn. N, Unterabschn. II
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 154,09 DM
– VergGr. VII, Fußnote 2 — 129,76 DM
– VergGr. VIII, Fußnote 1 — 112,53 DM

Abschn. N, Unterabschn. III
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 154,09 DM
– VergGr. VII, Fußnote 2 — 129,76 DM

Abschn. P, Unterabschn. II
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 129,76 DM
– VergGr. VIII, Fußnote 1 — 112,53 DM

c) Leistungszulagen an Angestellte im Schreibdienst nach den Gemeinsamen Richtlinien vom 16.3.1970 i.d.F. vom 1.9.1970 – LZR II – (s. Abschn. III Nr. 4 a der Anlage 2 zum Gem. RdErl. vom 7.9.1970 – 53 30 75/7 –, n.v.), geändert durch Abschn. II Nr. 7.3 Buchst. b des RdErl. vom 4.1.1985 (Nds. MBl. S. 55).

Teil II der Anlage 1 a zum BAT

Abschn. N, Unterabschn. I
– Protokollnotizen Nrn. 4 und 7

Bemessungsgrundlage (Anschlagszahl)	Leistungszulage VergGr. VIII	VergGr. VII
über 29 000	58,47 DM	
über 38 000	116,94 DM	116,94 DM
über 48 000		213,15 DM

Anlage 1 c
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen I bis X nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres
(§ 27 Abschn. A BAT)
Gültig vom 1. Januar 1990 an

VergGr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem Lebensjahr (monatlich in DM)														
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.
I		4204,35	4432,25	4660,23	4888,17	5116,12	5344,09	5572,01	5799,97	6027,91	6255,87	6483,83	6711,77	6939,69	
Ia		3875,28	4052,44	4229,54	4406,66	4583,78	4760,94	4938,11	5115,19	5292,34	5469,46	5646,63	5823,73	5993,57	
Ib		3445,18	3615,46	3785,74	3956,03	4126,30	4296,60	4466,88	4637,17	4807,47	4977,73	5148,01	5318,30	5488,19	
IIa		3053,78	3210,18	3366,64	3523,01	3679,43	3835,86	3992,24	4148,67	4305,08	4461,52	4617,92	4774,25		
IIb		2847,36	2989,92	3132,48	3275,08	3417,67	3560,25	3702,84	3845,42	3988,01	4130,60	4273,17	4335,48		
III	2714,02	2847,36	2980,67	3114,00	3247,35	3380,68	3514,03	3647,35	3780,67	3914,02	4047,39	4180,72	4307,55		
IVa	2460,22	2582,24	2704,24	2826,22	2948,22	3070,23	3192,24	3314,24	3436,26	3558,27	3680,27	3802,29	3922,60		
IVb	2249,48	2346,28	2443,04	2539,83	2636,57	2733,37	2830,14	2926,94	3023,71	3120,47	3217,28	3314,04	3326,92		
Va	1989,06	2065,73	2142,37	2225,22	2310,27	2395,37	2480,47	2565,56	2650,67	2735,75	2820,85	2905,92	2984,98		
Vb	1989,06	2065,73	2142,37	2225,22	2310,27	2395,37	2480,47	2565,56	2650,67	2735,75	2820,85	2905,92	2911,83		
Vc	1880,22	1949,31	2018,50	2091,06	2163,63	2239,26	2319,76	2400,34	2480,84	2561,37	2640,86				
VIa	1780,52	1833,94	1887,30	1940,73	1994,09	2049,08	2105,15	2161,22	2218,28	2280,51	2342,73	2404,98	2467,19	2529,44	2582,81
VIb	1780,52	1833,94	1887,30	1940,73	1994,09	2049,08	2105,15	2161,22	2218,28	2280,51	2342,73	2391,42			
VII	1649,53	1692,89	1736,27	1779,62	1823,01	1866,37	1909,73	1953,12	1996,46	2041,02	2086,58	2119,44			
VIII	1525,96	1565,60	1605,29	1644,94	1684,62	1724,28	1763,97	1803,62	1843,29	1872,76					
IXa	1476,04	1515,49	1554,92	1594,36	1633,78	1673,22	1712,63	1752,08	1791,39						
IXb	1420,72	1456,72	1492,69	1528,66	1564,65	1600,65	1636,64	1672,60	1703,04						
X	1319,23	1355,23	1391,22	1427,19	1463,19	1499,16	1535,15	1571,16	1607,10						

Anlage 2 c
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen I b bis II b bzw. IV b bis X
unter 21 bzw. 23 Jahren
(zu § 28 BAT)
Gültig vom 1. Januar 1990 an

VergGr.	Grundvergütung vor Vollendung des 23. Lebensjahres (monatlich in DM)
I b	3 272,92
II a	2 901,09
II b	2 704,99

VergGr.	Grundvergütung nach Vollendung des 18. Lebensjahres (monatlich in DM)	19. Lebensjahres (monatlich in DM)	20. Lebensjahres (monatlich in DM)
IV b			2 249,48
V a/V b			1 989,06
V c	1 748,60	1 805,01	1 880,22
VI a/VI b	1 655,88	1 709,30	1 780,52
VII	1 534,06	1 583,55	1 649,53
VIII	1 419,14	1 464,92	1 525,96
IX a	1 372,72	1 417,00	1 476,04
IX b	1 321,27	1 363,89	1 420,72
X	1 226,88	1 266,46	1 319,23

Anlage 3 c
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen VI a/b bis X unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)
Gültig vom 1. Januar 1990 an

Alter	Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen VI a/b (monatlich in DM)	VII	VIII	IX a	IX b	X
vor Vollendung des 16. Lebensjahres	1 342,63	1 270,58	1 202,62		1 144,74	1 088,92
nach Vollendung des 16. Lebensjahres	1 586,74	1 501,60	1 421,28	1 388,83	1 352,87	1 286,90
nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1 830,86	1 732,61	1 639,94	1 602,50	1 561,01	1 484,89

Anlage 4 c
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Grundvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. XII bis Kr. I nach Vollendung des 20. Lebensjahres
(zu § 27 Abschn. B BAT)
Gültig vom 1. Januar 1990 an

VergGr.	Grundvergütungssätze in Stufe 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	(monatlich in DM)									
Kr. XII	3 217,25	3 387,13	3 557,00	3 670,99	3 784,94	3 898,93	4 012,93	4 126,90	4 240,84	4 348,41
Kr. XI	2 978,51	3 141,99	3 305,39	3 415,08	3 524,75	3 634,44	3 744,11	3 853,79	3 963,46	4 064,54
Kr. X	2 757,00	2 907,53	3 058,07	3 159,16	3 260,24	3 361,31	3 462,37	3 563,46	3 664,55	3 763,46
Kr. IX	2 552,70	2 692,48	2 832,25	2 926,92	3 021,53	3 116,13	3 210,78	3 305,39	3 399,99	3 483,90
Kr. VIII	2 363,48	2 492,48	2 621,52	2 709,67	2 797,86	2 886,05	2 974,23	3 062,39	3 150,53	3 225,81
Kr. VII	2 189,26	2 309,67	2 430,13	2 509,71	2 589,26	2 668,82	2 748,40	2 827,94	2 907,53	2 987,11
Kr. VI	2 045,81	2 144,64	2 247,32	2 322,58	2 397,84	2 473,12	2 548,40	2 623,65	2 698,92	2 765,63
Kr. V	1 915,23	2 003,80	2 096,20	2 158,18	2 221,48	2 290,31	2 359,16	2 427,97	2 496,82	2 561,32
Kr. IV	1 795,28	1 876,48	1 957,67	2 013,01	2 071,01	2 129,12	2 187,24	2 249,48	2 313,98	2 372,04
Kr. III	1 684,60	1 758,38	1 832,20	1 882,01	1 931,86	1 981,66	2 032,26	2 084,59	2 136,89	2 179,49
Kr. II	1 583,10	1 647,67	1 712,26	1 756,55	1 800,81	1 845,09	1 889,41	1 933,69	1 977,97	2 016,77
Kr. I	1 489,02	1 546,21	1 603,40	1 642,14	1 680,88	1 719,64	1 758,38	1 797,12	1 835,87	1 874,65

Anlage 5 c
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen Kr. III bis Kr. I unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)
Gültig vom 1. Januar 1990 an

Alter	Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen Kr. I	Kr. II (monatlich in DM)	Kr. III
vor Vollendung des 16. Lebensjahres	1 182,30	1 234,05	
nach Vollendung des 16. Lebensjahres	1 397,27	1 458,42	
nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1 612,23	1 682,79	1 758,92

Anlage 6 c
zum Vergütungstarifvertrag Nr. 25

Ortszuschlagstabelle
(zu § 29 BAT)
(monatlich in DM)
Gültig vom 1. Januar 1990 an

Tarifklasse	zu der Tarifklasse gehörende Vergütungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I b	I bis II b	789,12	938,34	1 064,78
I c	III bis V a/b Kr. XII bis Kr. VII	701,31	850,53	976,97
II	V c bis X Kr. VI bis Kr. I	660,62	802,76	929,20

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 126,44 DM.

Gemäß § 4 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 erhöht sich in der Tarifklasse II der Ortszuschlag für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Angestellte mit Vergütung nach

- den Vergütungsgruppen X, IX b und Kr. I um je 40,– DM,
- den Vergütungsgruppen IX a und Kr. II um je 30,– DM,
- der Vergütungsgruppe VIII um je 20,– DM.

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGG bemessen wird; für die Anwendung des § 4 Abs. 2 Unterabs. 1 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

Ortszuschlag nach § 29 Abschn. B Abs. 8 BAT: Tarifklasse I c 561,05 DM,
Tarifklasse II 528,50 DM.

Tabelle der Zeitzuschläge nach § 35 Abs. 1 Satz 2 BAT und der Überstundenvergütung nach § 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT
Gültig vom 1. Januar bis 31. März 1990

VergGr.	Stundenvergütung (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT)	Zeitzuschlag für Überstunden 25/20/15 v.H.	Überstundenvergütung	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen 25 v.H.	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich 135 v.H.	bei Freizeitausgleich 35 v.H.	Ostern, Pfingsten 25 v.H.	Weihnachten, Neujahr 100 v.H.
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
X	13,24	3,31	16,55	3,31	17,87	4,63	3,31	13,24
IX b	13,95	3,49	17,44	3,49	18,83	4,88	3,49	13,95
IX a	14,21	3,55	17,76	3,55	19,18	4,97	3,55	14,21
VIII	14,76	3,69	18,45	3,69	19,93	5,17	3,69	14,76
VII	15,71	3,93	19,64	3,93	21,21	5,50	3,93	15,71
VI a/b	16,74	4,19	20,93	4,19	22,60	5,86	4,19	16,74
V c	18,04	4,51	22,55	4,51	24,35	6,31	4,51	18,04
V a/b	19,75	3,95	23,70	4,94	26,66	6,91	4,94	19,75
IV b	21,38	3,21	24,59	5,35	28,86	7,48	5,35	21,38
IV a	23,22	3,48	26,70	5,81	31,35	8,13	5,81	23,22
III	25,23	3,78	29,01	6,31	34,06	8,83	6,31	25,23
II b	26,53	3,98	30,51	6,63	35,82	9,29	6,63	26,53
II a	27,94	4,19	32,13	6,99	37,72	9,78	6,99	27,94
I b	30,52	4,58	35,10	7,63	41,20	10,68	7,63	30,52
I a	33,17	4,98	38,15	8,29	44,78	11,61	8,29	33,17
I	36,19	5,43	41,62	9,05	48,86	12,67	9,05	36,19
Kr. I	14,42	3,61	18,03	3,61	19,47	5,05	3,61	14,42
Kr. II	15,09	3,77	18,86	3,77	20,37	5,28	3,77	15,09
Kr. III	15,83	3,96	19,79	3,96	21,37	5,54	3,96	15,83
Kr. IV	16,61	4,15	20,76	4,15	22,42	5,81	4,15	16,61
Kr. V	17,46	4,37	21,83	4,37	23,57	6,11	4,37	17,46
Kr. VI	18,43	4,61	23,04	4,61	24,88	6,45	4,61	18,43
Kr. VII	19,82	3,96	23,78	4,96	26,76	6,94	4,96	19,82
Kr. VIII	21,00	4,20	25,20	5,25	28,35	7,35	5,25	21,00
Kr. IX	22,28	3,34	25,62	5,57	30,08	7,80	5,57	22,28
Kr. X	23,65	3,55	27,20	5,91	31,93	8,28	5,91	23,65
Kr. XI	25,16	3,77	28,93	6,29	33,97	8,81	6,29	25,16
Kr. XII	26,66	4,00	30,66	6,67	35,99	9,33	6,67	26,66

Tabelle der Zeitzuschläge nach § 35 Abs. 1 Satz 2 BAT und der Überstundenvergütung nach § 35 Abs. 3 Unterabs. 2 BAT Gültig vom 1. April 1990 an

VergGr.	Stundenvergütung (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT)	Zeitzuschlag für Überstunden 25/20/15 v.H.	Überstundenvergütung	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen 25 v.H.	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich 135 v.H.	bei Freizeitausgleich 35 v.H.	Ostern, Pfingsten 25 v.H.	Weihnachten, Neujahr 100 v.H.
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
X	13,41	3,35	16,76	3,35	18,10	4,69	3,35	13,41
IX b	14,13	3,53	17,66	3,53	19,08	4,95	3,53	14,13
IX a	14,40	3,60	18,00	3,60	19,44	5,04	3,60	14,40
VIII	14,95	3,74	18,69	3,74	20,18	5,23	3,74	14,95
VII	15,92	3,98	19,90	3,98	21,49	5,57	3,98	15,92
VI a/b	16,96	4,24	21,20	4,24	22,90	5,94	4,24	16,96
V c	18,27	4,57	22,84	4,57	24,66	6,39	4,57	18,27
V a/b	20,01	4,00	24,01	5,00	27,01	7,00	5,00	20,01
IV b	21,65	3,25	24,90	5,41	29,23	7,58	5,41	21,65
IV a	23,52	3,53	27,05	5,88	31,75	8,23	5,88	23,52
III	25,56	3,83	29,39	6,39	34,51	8,95	6,39	25,56
II b	26,87	4,03	30,90	6,72	36,27	9,40	6,72	26,87
II a	28,31	4,25	32,56	7,08	38,22	9,91	7,08	28,31
I b	30,91	4,64	35,55	7,73	41,73	10,82	7,73	30,91
I a	33,60	5,04	38,64	8,40	45,36	11,76	8,40	33,60
I	36,66	5,50	42,16	9,17	49,49	12,83	9,17	36,66
Kr. I	14,61	3,65	18,26	3,65	19,72	5,11	3,65	14,61
Kr. II	15,29	3,82	19,11	3,82	20,64	5,35	3,82	15,29
Kr. III	16,04	4,01	20,05	4,01	21,65	5,61	4,01	16,04
Kr. IV	16,82	4,21	21,03	4,21	22,71	5,89	4,21	16,82
Kr. V	17,69	4,42	22,11	4,42	23,88	6,19	4,42	17,69
Kr. VI	18,67	4,67	23,34	4,67	25,20	6,53	4,67	18,67
Kr. VII	20,07	4,01	24,08	5,02	27,09	7,02	5,02	20,07
Kr. VIII	21,27	4,25	25,52	5,32	28,71	7,44	5,32	21,27
Kr. IX	22,57	3,39	25,96	5,64	30,47	7,90	5,64	22,57
Kr. X	23,95	3,59	27,54	5,99	32,33	8,38	5,99	23,95
Kr. XI	25,48	3,82	29,30	6,37	34,40	8,92	6,37	25,48
Kr. XII	27,01	4,05	31,06	6,75	36,46	9,45	6,75	27,01

Übersicht
über die ab 1. Januar 1990 auf Grund von Fußnoten bzw. Protokollnotizen zu den Vergütungsgruppen zu zahlenden Funktions-, Bewährungs- und Leistungszulagen

a) Teil I der Anlage 1 a zum BAT
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 131,96 DM

b) Teil II der Anlage 1 a zum BAT
Abschn. H
– VergGr. V c, Fußnote 1 — 169,22 DM

Abschn. N, Unterabschn. I
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 156,71 DM
– Protokollnotiz Nr. 3 — 131,96 DM
– Protokollnotiz Nr. 6 — 122,08 DM

Abschn. N, Unterabschn. II
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 156,71 DM
– VergGr. VII, Fußnote 2 — 131,96 DM
– VergGr. VIII, Fußnote 1 — 114,45 DM

Abschn. N, Unterabschn. III
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 156,71 DM
VergGr. VII, Fußnote 2 — 131,96 DM

Abschn. P, Unterabschn. II
– VergGr. VII, Fußnote 1 — 131,96 DM
– VergGr. VIII, Fußnote 1 — 114,45 DM

c) Leistungszulagen an Angestellte im Schreibdienst nach den Gemeinsamen Richtlinien vom 16.3.1970 i.d.F. vom 1.9.1970 – LZR II – (s. Abschn. III Nr. 4 a der Anlage 2 zum Gem. RdErl. vom 7.9.1970 – 53 30 75/7 –, n.v.), geändert durch Abschn. II Nr. 7.3 Buchst. b des RdErl. vom 4.1.1985 (Nds. MBl. S. 55).

Teil II der Anlage 1 a zum BAT

Abschn. N, Unterabschn. I
– Protokollnotizen Nrn. 4 und 7

Bemessungsgrundlage (Anschlagszahl)	Leistungszulage VergGr. VIII	VergGr. VII
über 29 000	59,46 DM	
über 38 000	118,92 DM	118,92 DM
über 48 000		216,80 DM

Monatslohntarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 14. April 1988

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Arbeiter der Verwaltungen und Betriebe der Länder, deren Arbeitsverhältnisse durch den Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964 geregelt sind. Er gilt nicht für die Arbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg.

§ 2

Löhne für die Monate Januar und Februar 1988

Für die Monate Januar und Februar 1988 gilt der Monatslohntarifvertrag Nr. 17 zum MTL II vom 3. April 1987.

§ 3

Monatstabellenlöhne

Die Monatstabellenlöhne (§ 21 Abs. 3 MTL II) sind

a) für die Zeit vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988 in der Anlage 1,

b) für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989 in der Anlage 2,

c) für die Zeit vom 1. Januar 1990 an in der Anlage 3

festgelegt.

Protokollnotiz:

Bei der Berechnung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind abzurunden, Bruchteile von 0,5 und mehr sind aufzurunden.

§ 4

Sozialzuschlag

§ 4 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 25 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 14. April 1988 ist entsprechend anzuwenden. Dabei stehen

die Arbeiter mit Entlohnung nach	den Angestellten mit Vergütung nach
den Lohngruppen II und III und der Sonderlohngruppe mit dem Lohnsatz von 89 v.H. (Bremen, Hessen)	den Vergütungsgruppen X, IX b und Kr. I
den Lohngruppen IV und V und den Sonderlohngruppen mit dem Lohnsatz von 92 v.H. (Hessen, Saarland) und von 94 v.H. (Saarland)	den Vergütungsgruppen IX a und Kr. II
der Lohngruppe VI	der Vergütungsgruppe VIII

gleich.

Der Arbeiter, der in den Fällen des § 9 Abs. 4 MTL II, des § 2 Abs. 6 und des § 3 des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II für den vollen Kalendermonat

a) den Monatstabellenlohn einer höheren Lohngruppe erhält,

b) durch die Summe des Monatstabellenlohnes und einer Zulage den Betrag des Monatstabellenlohnes einer höheren Lohngruppe in seiner Stufe erreicht,

wird für die Anwendung des Satzes 2 der höheren Lohngruppe zugeordnet.

§ 5

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Arbeiter, die spätestens mit Ablauf des 31. März 1988 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. Satz 1 gilt auf Antrag nicht für Arbeiter, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Satz 1 gilt ferner nicht für Arbeiter, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezuge des Altersruhegeldes nach § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO, § 25 Abs. 1 oder 3 AVG oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den MTL II, den MTB II, den BMT-G oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 6

Inkrafttreten, Laufzeit

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1988 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Dezember 1990, schriftlich gekündigt werden.

Anlage 1
zum Monatslohntarifvertrag Nr. 18

Monatstabellenlöhne
Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

Lohngruppe	Stufe 1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
IX	2647,24	2719,37	2789,07	2854,02	2913,55	2967,69	3016,41	3059,69	3100,61	3136,69
VIII a	2527,35	2596,10	2659,90	2718,84	2774,78	2826,38	2872,75	2914,00	2952,97	2987,33
VIII	2424,97	2490,12	2550,63	2606,47	2657,66	2704,17	2746,71	2785,81	2820,00	2849,32
VII	2327,92	2389,69	2447,04	2499,94	2548,47	2592,59	2632,29	2667,57	2698,46	2724,93
VI	2235,92	2294,50	2348,84	2399,01	2444,99	2486,82	2524,44	2557,90	2587,16	2612,25
V	2148,78	2204,23	2255,74	2303,29	2346,91	2386,52	2422,22	2453,90	2481,66	2505,42
IV	2107,65	2161,72	2211,89	2258,21	2300,68	2339,25	2374,01	2404,93	2431,94	2455,11
III	2066,11	2118,70	2167,55	2212,61	2253,96	2291,51	2325,32	2355,35	2381,66	2404,20
II	1987,77	2037,62	2083,90	2126,63	2165,82	2201,45	2233,47	2261,93	2286,91	2308,24

Anlage 1 a
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

Lohn-gruppe	Stufe 1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
IX	15,21	15,63	16,03	16,40	16,74	17,06	17,34	17,58	17,82	18,03
VIII a	14,53	14,92	15,29	15,63	15,95	16,24	16,51	16,75	16,97	17,17
VIII	13,94	14,31	14,66	14,98	15,27	15,54	15,79	16,01	16,21	16,38
VII	13,38	13,73	14,06	14,37	14,65	14,90	15,13	15,33	15,51	15,66
VI	12,85	13,19	13,50	13,79	14,05	14,29	14,51	14,70	14,87	15,01
V	12,35	12,67	12,96	13,24	13,49	13,72	13,92	14,10	14,26	14,40
IV	12,11	12,42	12,71	12,98	13,22	13,44	13,64	13,82	13,98	14,11
III	11,87	12,18	12,46	12,72	12,95	13,17	13,36	13,54	13,69	13,82
II	11,42	11,71	11,98	12,22	12,45	12,65	12,84	13,00	13,14	13,27

Anlage 1 b
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der Zeitzuschläge
nach § 27 Abs. 1 Buchst. a bis d MTL II sowie des Lohns für Mehrarbeitsstunden und Überstunden nach § 30 Abs. 5 i.V.m. § 27 Abs. 1 Buchst. a MTL II
Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

Lohngruppe	Auf eine Stunde entfallender Anteil des Monatstabellenlohnes der Stufe 4 DM	Zeitzuschlag für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde 25 v.H. DM	Lohn für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde DM	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen 30 v.H. DM	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich 135 v.H. DM	mit Freizeitausgleich 35 v.H. DM	Ostern, Pfingsten 25 v.H. DM	Weihnachten, Neujahr 100 v.H. DM
IX	16,40	4,10	20,50	4,92	22,14	5,74	4,10	16,40
VIII a	15,63	3,91	19,54	4,69	21,10	5,47	3,91	15,63
VIII	14,98	3,75	18,73	4,49	20,22	5,24	3,75	14,98
VII	14,37	3,59	17,96	4,31	19,40	5,03	3,59	14,37
VI	13,79	3,45	17,24	4,14	18,62	4,83	3,45	13,79
V	13,24	3,31	16,55	3,97	17,87	4,63	3,31	13,24
IV	12,98	3,25	16,23	3,89	17,52	4,54	3,25	12,98
III	12,72	3,18	15,90	3,82	17,17	4,45	3,18	12,72
II	12,22	3,06	15,28	3,67	16,50	4,28	3,06	12,22

Anlage 1 c
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Sozialzuschlag für Arbeiter
für die Zeit vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988
(Monatsbeträge in DM)

Als Sozialzuschlag erhält der vollbeschäftigte*) Arbeiter

bei 1 Kind	bei 2 Kindern	bei 3 Kindern	bei 4 Kindern	bei 5 Kindern	bei 6 Kindern
122,61	245,22	367,83	490,44	613,05	735,66

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 122,61 DM.

Der Sozialzuschlag erhöht sich für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Arbeiter mit Entlohnung nach den
Lohngruppen II und III um je 40 DM,
den Lohngruppen IV und V um je 30 DM,
der Lohngruppe VI um je 20 DM;
dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGG bemessen wird.

Der Arbeiter, der in den Fällen des § 9 Abs. 4 MTL II, des § 2 Abs. 6 und des § 3 des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II für den vollen Kalendermonat

a) den Monatstabellenlohn einer höheren Lohngruppe erhält,
b) durch die Summe des Monatstabellenlohnes und einer Zulage den Betrag des Monatstabellenlohnes einer höheren Lohngruppe in seiner Stufe erreicht,

wird für die Anwendung des Absatzes 2 der höheren Lohngruppe zugeordnet.

*) Arbeiter mit einer arbeitsvertraglich vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als 40 Stunden und Arbeiter, deren Lohnanspruch nicht für einen vollen Kalendermonat besteht, erhalten nach § 41 Satz 2 und 3 i.V.m. § 30 Abs. 2 und 3 MTL II den Sozialzuschlag anteilig.

Anlage 2
zum Monatslohntarifvertrag Nr. 18

Monatstabellenlöhne
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989

Lohngruppe	Stufe 1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
IX	2 684,30	2 757,44	2 828,12	2 893,98	2 954,34	3 009,24	3 058,64	3 102,53	3 144,02	3 180,60
VIII a	2 562,73	2 632,45	2 697,14	2 756,90	2 813,63	2 865,95	2 912,97	2 954,80	2 994,31	3 029,15
VIII	2 458,92	2 524,98	2 586,34	2 642,96	2 694,87	2 742,03	2 785,16	2 824,81	2 859,48	2 889,21
VII	2 360,51	2 423,15	2 481,30	2 534,94	2 584,15	2 628,89	2 669,14	2 704,92	2 736,24	2 763,08
VI	2 267,22	2 326,62	2 381,72	2 432,60	2 479,22	2 521,64	2 559,78	2 593,71	2 623,38	2 648,82
V	2 178,86	2 235,09	2 287,32	2 335,54	2 379,77	2 419,93	2 456,13	2 488,25	2 516,40	2 540,50
IV	2 137,16	2 191,98	2 242,86	2 289,82	2 332,89	2 372,00	2 407,25	2 438,60	2 465,99	2 489,48
III	2 095,04	2 148,36	2 197,90	2 243,59	2 285,52	2 323,59	2 357,87	2 388,32	2 415,00	2 437,86
II	2 015,60	2 066,15	2 113,07	2 156,40	2 196,14	2 232,27	2 264,74	2 293,60	2 318,93	2 340,56

Anlage 2 a/1
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. März 1989

Lohngruppe	Stufe 1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
IX	15,43	15,85	16,25	16,63	16,98	17,29	17,58	17,83	18,07	18,28
VIII a	14,73	15,13	15,50	15,84	16,17	16,47	16,74	16,98	17,21	17,41
VIII	14,13	14,51	14,86	15,19	15,49	15,76	16,01	16,23	16,43	16,60
VII	13,57	13,93	14,26	14,57	14,85	15,11	15,34	15,55	15,73	15,88
VI	13,03	13,37	13,69	13,98	14,25	14,49	14,71	14,91	15,08	15,22
V	12,52	12,85	13,15	13,42	13,68	13,91	14,12	14,30	14,46	14,60
IV	12,28	12,60	12,89	13,16	13,41	13,63	13,83	14,01	14,17	14,31
III	12,04	12,35	12,63	12,89	13,14	13,35	13,55	13,73	13,88	14,01
II	11,58	11,87	12,14	12,39	12,62	12,83	13,02	13,18	13,33	13,45

Anlage 2 a/2
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
Gültig vom 1. April 1989 bis 31. Dezember 1989

Lohngruppe	Stufe 1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
IX	15,83	16,26	16,68	17,07	17,42	17,75	18,04	18,30	18,54	18,76
VIII a	15,11	15,52	15,91	16,26	16,59	16,90	17,18	17,43	17,66	17,86
VIII	14,50	14,89	15,25	15,59	15,89	16,17	16,42	16,66	16,86	17,04
VII	13,92	14,29	14,63	14,95	15,24	15,50	15,74	15,95	16,14	16,29
VI	13,37	13,72	14,05	14,35	14,62	14,87	15,10	15,30	15,47	15,62
V	12,85	13,18	13,49	13,77	14,03	14,27	14,48	14,67	14,84	14,98
IV	12,60	12,93	13,23	13,50	13,76	13,99	14,20	14,38	14,54	14,68
III	12,36	12,67	12,96	13,23	13,48	13,70	13,90	14,08	14,24	14,38
II	11,89	12,18	12,46	12,72	12,95	13,16	13,36	13,53	13,68	13,80

Anlage 2 b/1
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der Zeitzuschläge
nach § 27 Abs. 1 Buchst. a bis d MTL II sowie des Lohns für Mehrarbeitsstunden und Überstunden nach § 30 Abs. 5 i.V.m. § 27 Abs. 1 Buchst. a MTL II
Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. März 1989

Lohngruppe	Auf eine Stunde entfallender Anteil des Monatstabellenlohnes der Stufe 4	Zeitzuschlag für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde	Lohn für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich	mit Freizeitausgleich	Ostern, Pfingsten	Weihnachten, Neujahr
		25 v.H.		30 v.H.	135 v.H.	35 v.H.	25 v.H.	100 v.H.
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
IX	16,63	4,16	20,79	4,99	22,45	5,82	4,16	16,63
VIII a	15,84	3,96	19,80	4,75	21,38	5,54	3,96	15,84
VIII	15,19	3,80	18,99	4,56	20,51	5,32	3,80	15,19
VII	14,57	3,64	18,21	4,37	19,67	5,10	3,64	14,57
VI	13,98	3,50	17,48	4,19	18,87	4,89	3,50	13,98
V	13,42	3,36	16,78	4,03	18,12	4,70	3,36	13,42
IV	13,16	3,29	16,45	3,95	17,77	4,61	3,29	13,16
III	12,89	3,22	16,11	3,87	17,40	4,51	3,22	12,89
II	12,39	3,10	15,49	3,72	16,73	4,34	3,10	12,39

Anlage 2 b/2
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der Zeitzuschläge
nach § 27 Abs. 1 Buchst. a bis d MTL II sowie des Lohns für Mehrarbeitsstunden und Überstunden nach § 30 Abs. 5 i.V.m. § 27 Abs. 1 Buchst. a MTL II
Gültig vom 1. April 1989 bis 31. Dezember 1989

Lohngruppe	Auf eine Stunde entfallender Anteil des Monatstabellenlohnes der Stufe 4	Zeitzuschlag für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde	Lohn für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich	mit Freizeitausgleich	Ostern, Pfingsten	Weihnachten, Neujahr
		25 v.H.		30 v.H.	135 v.H.	35 v.H.	25 v.H.	100 v.H.
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
IX	17,07	4,27	21,34	5,12	23,04	5,97	4,27	17,07
VIII a	16,26	4,07	20,33	4,88	21,95	5,69	4,07	16,26
VIII	15,59	3,90	19,49	4,68	21,05	5,46	3,90	15,59
VII	14,95	3,74	18,69	4,49	20,18	5,23	3,74	14,95
VI	14,35	3,59	17,94	4,31	19,37	5,02	3,59	14,35
V	13,77	3,44	17,21	4,13	18,59	4,82	3,44	13,77
IV	13,50	3,38	16,88	4,05	18,23	4,73	3,38	13,50
III	13,23	3,31	16,54	3,97	17,86	4,63	3,31	13,23
II	12,72	3,18	15,90	3,82	17,17	4,45	3,18	12,72

Anlage 2 c
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Sozialzuschlag für Arbeiter
für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989
(Monatsbeträge in DM)

Als Sozialzuschlag erhält der vollbeschäftigte*) Arbeiter

bei 1 Kind	bei 2 Kindern	bei 3 Kindern	bei 4 Kindern	bei 5 Kindern	bei 6 Kindern
124,33	248,66	372,99	497,32	621,65	745,98

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 124,33 DM.

Der Sozialzuschlag erhöht sich für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Arbeiter mit Entlohnung nach den
Lohngruppen II und III um je 40 DM,
den Lohngruppen IV und V um je 30 DM,
der Lohngruppe VI um je 20 DM;
dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGG bemessen wird.

Der Arbeiter, der in den Fällen des § 9 Abs. 4 MTL II, des § 2 Abs. 6 und des § 3 des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II für den vollen Kalendermonat

a) den Monatstabellenlohn einer höheren Lohngruppe erhält,
b) durch die Summe des Monatstabellenlohnes und einer Zulage den Betrag des Monatstabellenlohnes einer höheren Lohngruppe in seiner Stufe erreicht,

wird für die Anwendung des Absatzes 2 der höheren Lohngruppe zugeordnet.

*) Arbeiter mit einer arbeitsvertraglich vereinbarten, von § 15 Abs. 1 MTL II abweichenden durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit und Arbeiter, deren Lohnanspruch nicht für einen vollen Kalendermonat besteht, erhalten nach § 41 Satz 2 und 3 i.V.m. § 30 Abs. 2 und 3 MTL II den Sozialzuschlag anteilig.

Anlage 3
zum Monatslohntarifvertrag Nr. 18

Monatstabellenlöhne
Gültig vom 1. Januar 1990 an

Lohngruppe	Stufe 1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
IX	2729,93	2804,32	2876,20	2943,18	3004,56	3060,40	3110,64	3155,27	3197,47	3234,67
VIII a	2606,30	2677,20	2742,99	2803,77	2861,46	2914,67	2962,49	3005,03	3045,21	3080,65
VIII	2500,72	2567,90	2630,31	2687,89	2740,68	2788,64	2832,51	2872,83	2908,09	2938,33
VII	2400,64	2464,34	2523,48	2578,03	2628,08	2673,58	2714,52	2750,90	2782,76	2810,05
VI	2305,76	2366,17	2422,21	2473,95	2521,37	2564,51	2603,30	2637,80	2667,98	2693,85
V	2215,90	2273,09	2326,20	2375,24	2420,23	2461,07	2497,88	2530,55	2559,18	2583,69
IV	2173,49	2229,24	2280,99	2328,75	2372,55	2412,32	2448,17	2480,06	2507,91	2531,80
III	2130,66	2184,88	2235,26	2281,73	2324,73	2363,09	2397,95	2428,92	2456,06	2479,30
II	2049,87	2101,27	2148,99	2193,06	2233,47	2270,22	2303,24	2332,59	2358,35	2380,35

Anlage 3 a/1
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
Gültig vom 1. Januar 1990 bis 31. März 1990

Lohngruppe	Stufe 1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
IX	16,10	16,54	16,96	17,36	17,72	18,05	18,34	18,61	18,86	19,08
VIII a	15,37	15,79	16,18	16,53	16,87	17,19	17,47	17,72	17,96	18,17
VIII	14,75	15,14	15,51	15,85	16,16	16,45	16,70	16,94	17,15	17,33
VII	14,16	14,53	14,88	15,20	15,50	15,77	16,01	16,22	16,41	16,57
VI	13,60	13,95	14,28	14,59	14,87	15,12	15,35	15,56	15,73	15,89
V	13,07	13,41	13,72	14,01	14,27	14,51	14,73	14,92	15,09	15,24
IV	12,82	13,15	13,45	13,73	13,99	14,23	14,44	14,63	14,79	14,93
III	12,57	12,88	13,18	13,46	13,71	13,94	14,14	14,32	14,48	14,62
II	12,09	12,39	12,67	12,93	13,17	13,39	13,58	13,76	13,91	14,04

Anlage 3 a/2
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
Gültig vom 1. April 1990 an

Lohngruppe	Stufe 1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
IX	16,31	16,75	17,18	17,58	17,95	18,28	18,58	18,85	19,10	19,32
VIII a	15,57	15,99	16,39	16,75	17,09	17,41	17,70	17,95	18,19	18,40
VIII	14,94	15,34	15,71	16,06	16,37	16,66	16,92	17,16	17,37	17,55
VII	14,34	14,72	15,07	15,40	15,70	15,97	16,22	16,43	16,62	16,79
VI	13,77	14,13	14,47	14,78	15,06	15,32	15,55	15,76	15,94	16,09
V	13,24	13,58	13,90	14,19	14,46	14,70	14,92	15,12	15,29	15,43
IV	12,98	13,32	13,63	13,91	14,17	14,41	14,62	14,82	14,98	15,12
III	12,73	13,05	13,35	13,63	13,89	14,12	14,32	14,51	14,67	14,81
II	12,25	12,55	12,84	13,10	13,34	13,56	13,76	13,93	14,09	14,22

Anlage 3 b/1
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der Zeitzuschläge
nach § 27 Abs. 1 Buchst. a bis d MTL II sowie des Lohns für Mehrarbeitsstunden und Überstunden nach § 30 Abs. 5 i.V.m. § 27 Abs. 1 Buchst. a MTL II
Gültig vom 1. Januar bis 31. März 1990

Lohngruppe	Auf eine Stunde entfallender Anteil des Monatstabellenlohnes der Stufe 4 DM	Zeitzuschlag für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde 25 v.H. DM	Lohn für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde DM	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen 30 v.H. DM	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich 135 v.H. DM	mit Freizeitausgleich 35 v.H. DM	Ostern, Pfingsten 25 v.H. DM	Weihnachten, Neujahr 100 v.H. DM
IX	17,36	4,34	21,70	5,21	23,44	6,08	4,34	17,36
VIII a	16,53	4,13	20,66	4,96	22,32	5,79	4,13	16,53
VIII	15,85	3,96	19,81	4,76	21,40	5,55	3,96	15,85
VII	15,20	3,80	19,00	4,56	20,52	5,32	3,80	15,20
VI	14,59	3,65	18,24	4,38	19,70	5,11	3,65	14,59
V	14,01	3,50	17,51	4,20	18,91	4,90	3,50	14,01
IV	13,73	3,43	17,16	4,12	18,54	4,81	3,43	13,73
III	13,46	3,37	16,83	4,04	18,17	4,71	3,37	13,46
II	12,93	3,23	16,16	3,88	17,46	4,53	3,23	12,93

Anlage 3 b/2
Kein Bestandteil des Monatslohntarifvertrages Nr. 18

Tabelle der Zeitzuschläge
nach § 27 Abs. 1 Buchst. a bis d MTL II sowie des Lohns für Mehrarbeitsstunden und Überstunden nach § 30 Abs. 5 i.V.m. § 27 Abs. 1 Buchst. a MTL II
Gültig vom 1. April 1990 an

Lohngruppe	Auf eine Stunde entfallender Anteil des Monatstabellenlohnes der Stufe 4 DM	Zeitzuschlag für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde 25 v.H. DM	Lohn für eine Mehrarbeits- bzw. Überstunde DM	Zeitzuschlag für Arbeit an Sonntagen 30 v.H. DM	Zeitzuschlag für Arbeit an Wochenfeiertagen		Zeitzuschlag für Arbeit an Vorfesttagen	
					ohne Freizeitausgleich 135 v.H. DM	mit Freizeitausgleich 35 v.H. DM	Ostern, Pfingsten 25 v.H. DM	Weihnachten, Neujahr 100 v.H. DM
IX	17,58	4,40	21,98	5,27	23,73	6,15	4,40	17,58
VIII a	16,75	4,19	20,94	5,03	22,61	5,86	4,19	16,75
VIII	16,06	4,02	20,08	4,82	21,68	5,62	4,02	16,06
VII	15,40	3,85	19,25	4,62	20,79	5,39	3,85	15,40
VI	14,78	3,70	18,48	4,43	19,95	5,17	3,70	14,78
V	14,19	3,55	17,74	4,26	19,16	4,97	3,55	14,19
IV	13,91	3,48	17,39	4,17	18,78	4,87	3,48	13,91
III	13,63	3,41	17,04	4,09	18,40	4,77	3,41	13,63
II	13,10	3,28	16,38	3,93	17,69	4,59	3,28	13,10

**Sozialzuschlag für Arbeiter
für die Zeit vom 1. Januar 1990 an
(Monatsbeträge in DM)**

Als Sozialzuschlag erhält der vollbeschäftigte*) Arbeiter

bei 1 Kind	bei 2 Kindern	bei 3 Kindern	bei 4 Kindern	bei 5 Kindern	bei 6 Kindern
126,44	252,88	379,32	505,76	632,20	758,64

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 126,44 DM.

Der Sozialzuschlag erhöht sich für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind für Arbeiter mit Entlohnung nach den
Lohngruppen II und III um je 40 DM,
den Lohngruppen IV und V um je 30 DM,
der Lohngruppe VI um je 20 DM;
dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 BKGG bemessen wird.

Der Arbeiter, der in den Fällen des § 9 Abs. 4 MTL II, des § 2 Abs. 6 und des § 3 des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II für den vollen Kalendermonat

a) den Monatstabellenlohn einer höheren Lohngruppe erhält,
b) durch die Summe des Monatstabellenlohnes und einer Zulage den Betrag des Monatstabellenlohnes einer höheren Lohngruppe in seiner Stufe erreicht,

wird für die Anwendung des Absatzes 2 der höheren Lohngruppe zugeordnet.

*) Arbeiter mit einer arbeitsvertraglich vereinbarten, von § 15 Abs. 1 MTL II abweichenden durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit und Arbeiter, deren Lohnanspruch nicht für einen vollen Kalendermonat besteht, erhalten nach § 41 Satz 2 und 3 i.V.m. § 30 Abs. 2 und 3 MTL II den Sozialzuschlag anteilig.

Anlage D

**Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 13 für Auszubildende bei
Bund und Ländern vom 14. April 1988**

§ 1

Für die Monate Januar und Februar 1988 gilt der Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 12 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 3. April 1987.

§ 2

(1) Die Ausbildungsvergütung gemäß § 8 Abs. 1 des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 beträgt monatlich

	für die Zeit vom 1. März bis zum 31. Dezember 1988	für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1989	für die Zeit vom 1. Januar 1990 an
im 1. Ausbildungsjahr	614,40 DM	623,00 DM	633,59 DM
im 2. Ausbildungsjahr	689,15 DM	698,80 DM	710,68 DM
im 3. Ausbildungsjahr	757,76 DM	768,37 DM	781,43 DM
im 4. Ausbildungsjahr	852,99 DM	864,93 DM	879,63 DM

Bei einer Stufenausbildung (§ 26 Berufsbildungsgesetz, § 26 Handwerksordnung) wird zur Ermittlung des Ausbildungsjahres die in vorangegangenen Stufen des Ausbildungsberufes zurückgelegte Zeit mitgerechnet, auch wenn nach Ausbildungsabschluß einer vorangegangenen Stufe eine zeitliche Unterbrechung der Ausbildung gelegen hat.

Hat das Ausbildungsverhältnis im Laufe eines Kalendermonats begonnen, erhält der Auszubildende die nach Unterabsatz 1 zustehende höhere Ausbildungsvergütung jeweils vom Beginn des Kalendermonats an, in dem das vorhergehende Ausbildungsjahr geendet hat.

(2) Die Ausbildungsvergütung nach Absatz 1 erhöht sich nach Vollendung des 18. Lebensjahres um 40 DM.

Das 18. Lebensjahr gilt als vollendet mit dem Beginn des Kalendermonats, in den der Geburtstag fällt.

§ 3

(1) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. a des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 genannten angestelltenversicherungspflichtigen Auszubildenden können 50 v.H. der in dem Tarifvertrag über die Gewährung von Zulagen gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962 vereinbarten Zulagen gezahlt werden, wenn die dort geforderten Voraussetzungen vorliegen.

(2) an die in § 1 Abs. 1 Buchst. b des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 genannten arbeiterrentenversicherungspflichtigen Auszubildenden, die im Rahmen ihrer Ausbildung in erheblichem Umfang mit Arbeiten gemäß § 29 MTB II/MTL II beschäftigt werden, kann im 2. bis 4. Ausbildungsjahr ein monatlicher Pauschalzuschlag von 20 DM gezahlt werden. § 2 Abs. 1 Unterabs. 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 4

(1) Gewährt der Ausbildende Unterkunft und Verpflegung, wird die Ausbildungsvergütung monatlich
für die Zeit vom 1. März bis zum 31. Dezember 1988 um 188,65 DM,

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1989 um 191,29 DM

und

für die Zeit vom 1. Januar 1990 an um 194,54 DM gekürzt.

(2) Gewährt der Ausbildende nur Unterkunft, wird die Ausbildungsvergütung monatlich

für die Zeit vom 1. März bis zum 31. Dezember 1988 um 48,43 DM,

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1989 um 49,11 DM

und

für die Zeit vom 1. Januar 1990 an um 49,94 DM

gekürzt. Gewährt er nur Verpflegung, wird die Ausbildungsvergütung monatlich

für die Zeit vom 1. März bis zum 31. Dezember 1988 um 140,22 DM,

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1989 um 142,18 DM

und

für die Zeit vom 1. Januar 1990 an um 144,60 DM

gekürzt.

§ 5

Der Auszubildende kann auf den 749 DM übersteigenden Betrag der Bruttobezüge im Sinne des § 2 Abs. 2 Satz 2 des Bundeskindergeldgesetzes verzichten. Der Verzicht kann nur widerrufen werden, wenn sich die Höhe der Ausbildungsvergütung ändert. Der Verzicht und der Widerruf sind schriftlich zu erklären. Sie werden mit dem Ersten des Kalendermonats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die schriftliche Erklärung dem Ausbildenden zugegangen ist.

Bis zum 31. März 1988 kann der Verzicht auch mit Rückwirkung bis zum 1. März 1988 erklärt werden.

§ 6

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Auszubildende, die spätestens mit Ablauf des 31. März 1988 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Auszubildende, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Siftung des öffentlichen Rechts, die den BAT, den MTB II, den MTL II, den BMT-G, den Manteltarifvertrag für Auszubildende oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalt anwendet.

§ 7

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1988 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Dezember 1990, schriftlich gekündigt werden.

Anlage E

Tarifvertrag vom 14. April 1988 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für die Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes

§ 1

Entgelt und Verheiratetenzuschlag für die Monate Januar und Februar 1988

Für die Monate Januar und Februar 1988 gilt § 2 Unterabs. 1 des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes vom 17. Dezember 1970 i.d.F. des Tarifvertrages vom 3. April 1987.

§ 2

Änderung des Tarifvertrages

Der zuletzt durch den Tarifvertrag vom 3. April 1987 geänderte Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes vom 17. Dezember 1970 wird wie folgt geändert:

1. § 2 Unterabs. 1 erhält mit Wirkung vom 1. März 1988 folgende Fassung:

»Die Praktikanten (Praktikantinnen) erhalten monatlich folgendes Entgelt und folgenden Verheiratetenzuschlag:

a) Für die Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1988

Für die Berufe	Entgelt DM	Verheiratetenzuschlag DM
des Sozialarbeiters	1 814,41	96,48
des Sozialpädagogen	1 814,41	96,48
des Heilpädagogen	1 814,41	96,48
des Erziehers	1 498,21	91,88
der Kindergärtnerin	1 498,21	91,88
der Hortnerin	1 498,21	91,88
der Kinderpflegerin	1 418,29	91,88

a) Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1989

Für die Berufe	Entgelt DM	Verheiratetenzuschlag DM
des Sozialarbeiters	1 839,81	97,82
des Sozialpädagogen	1 839,81	97,82
des Heilpädagogen	1 839,81	97,82
des Erziehers	1 519,18	93,18
der Kindergärtnerin	1 519,18	93,18
der Hortnerin	1 519,18	93,18
der Kinderpflegerin	1 438,15	93,18

c) Für die Zeit vom 1. Januar 1990 an

Für die Berufe	Entgelt DM	Verheiratetenzuschlag DM
des Sozialarbeiters	1 871,09	99,48
des Sozialpädagogen	1 871,09	99,48
des Heilpädagogen	1 871,09	99,48
des Erziehers	1 545,01	94,76
der Kindergärtnerin	1 545,01	94,76
der Hortnerin	1 545,01	94,76
der Kinderpflegerin	1 462,59	94,76“

2. In § 9 Satz 3 werden die Worte »Satz 1« durch die Worte »Unterabs. 1« ersetzt.

§ 3

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Praktikanten (Praktikantinnen), die spätestens mit Ablauf des 31. März 1988

aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Praktikantenverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Praktikanten (Praktikantinnen), die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Praktikantenverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Unterabsatzes 1 Satz 2 ist eine Beschäftigung

a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) angehört,

b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 4

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1988 in Kraft.

Nr. 115

Bekanntmachung des Pauschalvertrages zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Verwertungsgesellschaft WORT über Fotokopien und sonstige Vervielfältigungen vom 11./19. Februar 1988

Der Oberkirchenrat gibt nachstehend den Pauschalvertrag zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Verwertungsgesellschaft WORT, München, über die Vervielfältigung urheberrechtlich geschützter Werke vom 11./19. Februar 1988 bekannt.

Oldenburg, den 13. Juli 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Herrenhäuser Str. 12, 3000 Hannover 21, vertreten durch den Rat der EKD, dieser vertreten durch den Ratsvorsitzenden und den Präsidenten des Kirchenamtes der EKD, im folgenden »EKD« genannt

und

der Verwertungsgesellschaft WORT, rechtsfähiger Verein kraft Verleihung, vereinigt mit der Verwertungsgesellschaft Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, gesetzlich vertreten durch seinen Vorstand, im folgenden »VG WORT« genannt

wird folgender Vertrag geschlossen.

§ 1

Vertragsgegenstand

1. Dieser Vertrag betrifft die Vervielfältigung urheberrechtlich geschützter Werke
   a) in Einrichtungen der Aus-, Weiter- und Berufsbildung gem. § 53 Abs. 3 UrhG sowie im Konfirmandenunterricht,
   b) in Bibliotheken und Büchereien,
   c) sowie Kopien, die in einer Stückzahl gefertigt werden, welche nicht mehr als die Herstellung »einzelner Vervielfältigungsstücke« im Sinne von § 53 Abs. 2 UrhG anzusehen ist.
2. Dieser Vertrag bezieht sich nur auf Vervielfältigungen für den eigenen Gebrauch der EKD, der Gliedkirchen der EKD, und ihrer Untergliederungen, der Kirchengemeinden sowie deren Institutionen, Einrichtungen und Vereinigungen (siehe anliegendes Verzeichnis*). Nicht umfaßt ist insbesondere der Bereich der Diakonie.
3. Der Bereich der kirchlichen Hochschulen und Fachhochschulen bleibt einer gesonderten Regelung vorbehalten.
4. Die Vertragschließenden gehen davon aus, daß als Herstellung »einzelner Vervielfältigungsstücke« i.S. von § 54 Abs. 1 UrhG die Fertigung von höchstens sieben Exemplaren anzusehen ist.

§ 2

Rechteeinräumung

Mit diesem Vertrag erteilt die VG WORT der EKD die Erlaubnis, im Rahmen von § 1 Ziff. 1 c) auch mehr als »einzelne Vervielfältigungsstücke«, also mehr als sieben Exemplare herzustellen, wenn im übrigen die Voraussetzungen des § 53 Abs. 2 oder 3 UrhG vorliegen. § 53 Abs. 4 bis 6 bleiben unberührt.

* hier nicht abgedruckt.

§ 3

Höhe der Pauschalvergütung

Für die für Vervielfältigungen nach § 1 dieses Vertrages gem. § 54 Abs. 2 Satz 2 UrhG anfallende Vergütung einschließlich der Vergütungsrechte für die Rechteeinräumung gemäß § 2 dieses Vertrages bezahlt die EKD an die VG WORT eine jährliche Pauschalsumme in Höhe von DM 75 000,– zuzüglich Umsatzsteuer (derzeit 7%).

§ 4

Fälligkeit der Vergütung

Die jährliche Pauschalvergütung wird jeweils am 30. Juni des laufenden Jahres fällig, erstmals zum 30. Juni 1988.

§ 5

Freistellungsklausel

In bezug auf Vervielfältigungen, welche im Rahmen von §§ 1 und 2 dieses Vertrages hergestellt werden, stellt die Verwertungsgesellschaft WORT die EKD von allen etwaigen Ansprüchen von Urhebern oder Inhabern von Nutzungsrechten, auch soweit diese durch Verwertungsgesellschaften vertreten sind, frei. Die EKD verpflichtet sich, etwaige dritte Anspruchsteller an die VG WORT zu verweisen und mit diesen ohne Abstimmung mit der VG WORT keine Vereinbarung zu treffen.

§ 6

Laufzeit

Dieser Vertrag beginnt am 1. Januar 1988 und läuft zunächst bis 31. Dezember 1990.

Wird er nicht von einer der Parteien durch eingeschriebenen Brief mindestens sechs Monate vor Ablauf gekündigt, verlängert er sich jeweils um ein weiteres Jahr.

§ 7

Vorjahre

Die Abgeltung der Ansprüche der VG WORT für Vervielfältigungen gemäß §§ 1 und 2 dieses Vertrages für die Vorjahre bleibt einer gesonderten Regelung vorbehalten.

Hannover, den 11. Februar 1988

Für die Evangelische Kirche in Deutschland
Bischof Dr. Kruse
Vorsitzender des Rates der EKD
Hammer
Präsident

München, den 19. Februar 1988

Für die VG WORT, vereinigt mit der VG Wissenschaft
Dr. Ferdinand Melichar
Ulrich Staudinger

Nr. 116

Bekanntmachung der sechsten Änderung der Satzung der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK)

Der Oberkirchenrat gibt nachstehend die sechste Änderung der Satzung der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK) bekannt.

Oldenburg, den 13. Juli 1988

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Ristow
Oberkirchenrat

Bekanntmachung

Gemäß Artikel 12 Abs. 2 des Vertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte geben wir nachstehend die sechste Änderung der Satzung der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse bekannt, nachdem diese vom Landeskirchenamt in Hannover aufsichtlich genehmigt worden ist.

Hannover, den 2. März 1988

Der Vorstand der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte
Dr. Knüllig
Der Vorsitzende

Sechste Änderung der Satzung der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK)
vom 9. Dezember 1987

Der Verwaltungsrat der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse hat mit Genehmigung des Landeskirchenamtes in Hannover die folgende Satzungsänderung beschlossen:

I.

Die Satzung der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK), bekanntgegeben im Kirchlichen Amtsblatt Hannover 1974 S. 15, zuletzt am 5. Dezember 1984/10. Mai 1985 (Kirchl. Amtsbl. Hannover 1985 S. 99), wird wie folgt geändert:

1. In § 24 Abs. 2 Satz 2 werden die Zahl »50« durch die Zahl »47« und die Zahl »60« durch die Zahl »55« ersetzt.
2. Es wird folgender § 24 a eingefügt:

»§ 24 a

Beitragsermäßigungen

(1) Für alle bei der Kasse Angemeldeten, bei denen für den Versorgungsfall nach den Vorschriften des Versorgungsrechts im Hinblick auf eine Einschränkung des Auftrages, eine Ermäßigung der Arbeitszeit, eine Teilzeitbeschäftigung oder eine Beurlaubung eine Verminderung des Ruhegehaltssatzes vorgesehen ist, ist während des Zeitraumes der Einschränkung des Auftrages, der Ermäßigung der Arbeitszeit, der Teilzeitbeschäftigung oder der Beurlaubung folgender ermäßigter Beitrag zu zahlen:

1. Bei unbefristet eingeschränktem Auftrag einschließlich Zeiten einer Beurlaubung bei einer Verminderung des Ruhegehaltssatzes

   a) nach der 1,66 v.H.-Regelung 15,50 v.H.
   b) nach der Zeit/Zeit-Regelung 20,20 v.H.

2. Bei befristet eingeschränktem Auftrag, bei einer Ermäßigung der Arbeitszeit oder einer Teilzeitbeschäftigung einschließlich Zeiten einer Beurlaubung bei einer Verminderung des Ruhegehaltssatzes nach der 1,66 v.H.-Regelung und der Zeit/Zeit-Regelung 28,00 v.H.

der Bemessungsgrundlage nach § 24 Abs. 1.

(2) Bei Umwandlung eines Dienstverhältnisses mit unbefristet eingeschränktem Auftrag in ein Dienstverhältnis mit befristet eingeschränktem Auftrag oder in ein Dienstverhältnis mit nicht eingeschränktem Auftrag ist für die gesamte Zeit der Einschränkung ein Beitrag nach Absatz 1 Nr. 2, bei Umwandlung eines Dienstverhältnisses mit befristet eingeschränktem Auftrag in ein Dienstverhältnis mit unbefristet eingeschränktem Auftrag für die gesamte Zeit der Einschränkung ein Beitrag nach Absatz 1 Nr. 1 zu zahlen; eine entsprechende Nachberechnung ist vorzunehmen.

(3) Bemessungsgrundlage für die Nachberechnung ist das 13fache vom Monatsendgrundgehalt, ruhegehaltsfähiger Zulage und Ortszuschlag der Stufe 3 unter Anwendung der im Geschäftsjahr der Nachberechnung geltenden Gehaltstabellen. Eine Verzinsung der nachzuentrichtenden oder zurückzuzahlenden Beiträge findet nicht statt.«

II.

Inkrafttreten

1. Die Änderungen des § 24 treten zum 1. Januar 1988 in Kraft.
2. Der § 24 a tritt rückwirkend zum 1. Januar 1985 in Kraft.

Der Verwaltungsrat

Nachrichten

Berufen

01.06.1988 Pastor Dietmar Abel, nach Bad Zwischenahn-Dreibergen
01.08.1988 Pfarrer Reinhard Rittner, auf die Landeskirchliche Pfarrstelle für theologische Arbeit

Eingewiesen/beauftragt/angestellt

01.05.1988 Pastorin Gabriele Streicher, mit der Verwaltung von Hohenkirchen

Theologische Prüfungen

1. Examen

14.06.1988 Elke Bosselmann, Wildeshausen
14.06.1988 Oliver Bröffel, Sandkrug-Hatten
14.06.1988 Brigitte Göde, Iserlohn
14.06.1988 Bernd Göde, Nordenham
14.06.1988 Heike Menne, Brake
14.06.1988 Dietrich Menne, Delmenhorst
15.06.1988 Ralph Hennings, Bad Zwischenahn
15.06.1988 Doris Scheidemann-Willenberg, Schopfheim
15.06.1988 Julia Schemm-Liebschwager, Harsewinkel
15.06.1988 Angela Schiwinsky-Frerichs, Ostrhauderfehn
15.06.1988 Jörn Stoffers, Saterland
15.06.1988 Thomas Anders, Oldenburg
15.06.1988 Claus-Gerd Hoes, Elsfleth

In den Ruhestand getreten

01.07.1988 Pfarrer Wilfried Ferchland, Großenkneten-Ahlhorn
01.07.1988 Pfarrer Erich Henoch, Goldenstedt
01.08.1988 Pfarrer Hartwig Gerken, Großenkneten-Ahlhorn

Gestorben

31.05.1988 Pfarrer i.R. Werner Georg Wilhelm Koehn, Oldenburg
03.06.1988 Pfarrer i.R. Horst Grotrian, Butjadingen

Mitteilungen

15.08.1988 Pfarrer Wilhelm Damm, Nordenham, Beurlaubung für den Dienst bei der Gossner Mission in Berlin